

Bezugpreis: Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.- M. einzahl. Postbezugsgeld. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Rheingebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Bessarabien 20.- M. für das übrige Ausland 27.- M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Bessarabien, Schweden und die Schweiz.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt und Zeit', der Unterhaltungsbeilage 'Heimwelt' und der Beilage 'Erziehung und Kleingarten' erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelnenpreis: Die eingeposteten Monatshefte kosten 3.00 M. 'Einzelnenpreis' das letzte Heft 1.00 M. (schlief zwei letzte Hefte). Jedes weitere Heft 1.- M. Stellenanzeigen und Geschäftsverträge das erste Heft 1.- M., jedes weitere Heft 20 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 4.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Transportgebühren.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Druckersaal, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54

Freitag, den 8. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753-54

## Vertagter Streikbeschluss in Berlin.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hatte zum Donnerstag nachmittag die drei sozialistischen Fraktionen und ihre Magistratsvertreter zu einer Besprechung eingeladen, in der sie einen Vertagungsbeschluss zur Debatte stellten. Diese Besprechung führte zu einem einheitlichen Beschluss. Hieran schlossen sich ab 6 Uhr Versammlungen mit Vertretern des Magistrats. Hierbei ergab sich die Aussicht einer

### gütlichen Beilegung

der Differenzen. Während dieser Verhandlungen hatte eine ab 5 Uhr in der Bockbrennerei tagende Funktionäerversammlung der Arbeiter der städtischen Betriebe beschlossen, sofort in den Streik einzutreten, und es wurde eine Streikleitung eingesetzt. Die Versammlung verfolgte sich auf eine Stunde. Während dieser Zeit nahm die Streikleitung einen Bericht von den Verhandlungen mit dem Magistrat entgegen. Dieser Bericht führte zu dem einstimmigen Beschluss der Streikleitung, dass der Beginn des Streiks zu vertagen sei, bis am Freitag die Verhandlungen mit dem Magistrat ein endgültiges Resultat erzielt haben.

Die Versammlung stimmte dem zu und erteilte der Streikleitung die notwendigen Vollmachten.

Das Gesamtergebnis der Streikabstimmung war folgendes: für den Streik 30 286 (75 Proz.), gegen den Streik 10 353 (25 Proz.), ungültig 832 Stimmen.

(Weiteres siehe 4. Seite.)

### Vollendete Tatsachen.

Der deutsche Vertreter des New Yorker 'New Republic' übt in seinem Organ scharfe Kritik an dem Verhalten der Franzosen in Oberschlesien. Die Tatsachen, die er anführt, sind für uns in Deutschland kein Geheimnis. Von Interesse für uns sind aber einige Aeußerungen, die er dem Vorsitzenden der K. Le Rond, in den Mund legt. Er schreibt:

„Ich sprach mit General Le Rond. Er war offensichtlich in größte Verlegenheit gebracht durch die gegensätzlichen Interessen, die er zu vertreten hatte. Es war ihm, bin ich überzeugt, aufrichtig um eine Wiederherstellung der Ordnung zu tun. Aber er ließ mich nicht im Zweifel darüber, daß der Zustand Resultate gezeitigt habe, die die Alliierten als fait accompli anerkennen müßten. In dem Augenblick, wo dieses zugegeben werden würde, vermöchte ich nicht zu sehen, wie die Interalliierte Kommission, deren Vorsitz der General führt, noch behaupten könnte, eine Autorität zu bedeuten oder das Vertrauen der Deutschen oder den Respekt der Aufständischen zu verdienen.“

Hier haben wir also das berühmte fait accompli (vollendete Tatsache), von dem Lloyd George und Briand einmütig behaupteten, daß es die Entente nie anerkennen werde. Die Regierungen in Paris und London werden zu dieser Aeußerung ihres Beauftragten für Oberschlesien Stellung nehmen müssen. Vielleicht benutzt die deutsche Regierung die Gelegenheit zu einer kleinen Anfrage.

Der Reichskanzler Dr. Wirth und der preussische Minister des Innern, Dominicus, haben sich heute zu mehrwöchigem Aufenthalt nach Breslau begeben, um mit den dortigen ober-schlesischen und schlesischen Stellen persönlich Fühlung zu nehmen. Der Reichskanzler wird morgen abend in der Jahrhunderthalle in Breslau eine Rede halten, in der er die ober-schlesische Frage im besonderen erörtern wird.

### Die Waffen des Selbstschutzes.

In einer Unterredung mit dem Vertreter des 'B. L.' erklärte General Hoefler, das Gerücht einzelner Offiziere und Mannschaften des Selbstschutzes von einem Vormarsch auf Berlin sei nicht ernst zu nehmen. Das mag richtig sein. Aber die Sache hat doch einen Haken — oder vielmehr ein Hakenkreuz. General Hoefler gab in seiner Unterredung zu, daß die Hakenkreuzmode bei dem Selbstschutz zeitweise geradezu groteske Formen angenommen habe. Mag er dem Unfug ein Ende gemacht haben, den Hakenkreuzgeist hat General Hoefler kaum ausgemerzt. Was Geistes Kind die Hakenkreuzer sind, hat der Kapp-Butsch gelehrt. Es ist nicht Sache des Reichs, die Verfassung dieser Gilde einer Revision zu unterziehen. Sache des Reichs aber ist es, zu verhindern, daß sie Unheil anrichtet. Das wird gehen, wenn man ihr die Möglichkeit nimmt, die Waffen des Geistes mit anderen Waffen zu vertauschen. Es wäre deshalb von öffentlichem Interesse, zu erfahren, was mit den Waffen und dem Kriegsgerät des aufgelösten Selbstschutzes geschieht.

### Der Beuthener Mord.

Beuthen, 7. Juli. (W.B.) Die Untersuchung des Mordes an dem Major Montalégre hat ergeben, daß die Kugel von der Sedanstraße aus Röhrgen gekommen ist. Der Mörder soll ein 19jähriger Burke (früherer Injurant) sein. Die Mutter wurde verhaftet, weil der Sohn flüchtig ist. Die Geiseln sind bisher nicht freigegeben.

An Stelle des bisherigen Stadtkommandanten General Lecome Denis ist der englische Oberstkommandant Bauchoppe, der Führer der südlichen Brigade in Oberschlesien, zum Stadtkommandanten ernannt worden.

Die Trauerfeier für den Major Montalégre verlief ohne Zwischenfall. Le Rond, de Marini und Harold Stuart nahmen an der Feier teil, die mit großem Pomp vor sich ging. Die Beilegung des durch einen Bajonettstich getöteten Praktikanten Erzich findet auf Befehl der Befehlshaberbehörde um 5 Uhr vormittags statt und darf bei einer beschränkten Zahl von Leidtragenden eine Stunde nicht überschreiten.

### Polizwang für Oberschlesien!

Oppeln, 7. Juli. (W.B.) Seit dem 6. Juli besteht für die Ein- und Ausreise von und nach Oberschlesien wieder der Polizwang, wie er vor dem ober-schlesischen Aufstande eingeführt war. Die Pässe müssen also wieder das französische Visum tragen.

### Die Verantwortlichen.

Im 'Populaire' schreibt Jean Longuet, die schwerste Verantwortung, ja die entscheidendste laste zweifellos auf den Alliierten, die sich unfähig erwiesen, irgendeine Lösung des schmerzlichen ober-schlesischen Problems zu finden. Besonders aber trage der französische Kommandant eine Verantwortung, der die Soldaten durch die Lektüre des 'Echo de Paris' und der 'Action Française' habe vergiftet lassen. Diese Politik der Truppe bringe dahin, daß sie einen Teil der Bevölkerung, die sie beschützen sollte, als Feinde ansähe; es sei nötig, in Oberschlesien zu einer gerechten Lösung zu gelangen und einem Provisorium ein Ende zu bereiten, das wirklich zu lange angehalten habe.

### Die Polen im Braunkohlenrevier.

Berlin, 7. Juli. (W.B.) Die deutsch-polnische Kommission aus Posen ist am 7. Juli von ihrem Besuch im Niederlausitzer Braunkohlenrevier zurückgekehrt. Sie hat dort festgestellt, daß seitens der Behörden oder Arbeitgeber keinerlei Zwang zur Erzielung der Abwanderung der Polen ausgeübt worden ist.

Soweit polnische Arbeiter unter dem Zwange wirtschaftlicher oder nationaler Spannung zur Auswanderung veranlaßt worden sind, haben sie diese mit Hab und Gut ungehindert durchführen können.

Die Kommission hat sich am 7. Juli wieder nach Posen zurückbegeben. Es muß erwartet werden, daß nunmehr dort auch den heftigsten falschen Darstellungen über die Lage der Polen in Deutschland ein Ende bereitet wird.

### Die Friedensbedingungen Amerikas.

Paris, 7. Juli. (W.B.) 'Chicago Tribune' meldet aus Washington, welche Form der Friede mit Deutschland annehmen werde, scheine man in Washington ebensowenig zu wissen, wie in Berlin. Es stehe indessen fest, daß die Absicht der Regierung dahin gehe, in der Reparationsfrage den Alliierten zur Seite zu stehen. Das Blatt bestätigt die gestrige Meldung des 'New York Herald', daß die Frage, ob eine Friedensproklamation notwendig sei, noch geprüft werde. Die Friedensentscheidung des Kongresses stelle für den Augenblick weder den Frieden her noch die diplomatischen Beziehungen, dies könne erst geschehen durch einen Sondervertrag, falls die Regierung nicht beabsichtige, den Versailler Vertrag als Grundlage für den Frieden zu benutzen, wobei jene Bestimmungen ausgemerzt würden, die Amerika abträglich wären.

Präsident Harding habe kein Interesse an der Eillette oder dem Beispruch, durch den der Friede gesichert werden solle, was er verlange sei eine Maßnahme, die ein Minimum von Verhandlungen mit einem Maximum von Resultaten verbinde. 'Der Vertrag', sagt das Blatt zum Schluß, 'müsse die Wiederaufnahme normaler Beziehungen mit Deutschland vorsehen einschließlich der Fragen des Verschalles der feindlichen Güter, der amerikanischen Ansprüche auf Schäden, die Deutschland verursacht habe, der amerikanischen Ansprüche auf Schiffe und Patente, die während des Krieges beschlagnahmt wurden, der Vorkriegsregulierung und des Erlasses von Ausgabeln durch die amerikanischen Befehlstruppen.'

### Konferenz zwischen England, Japan und US!

Washington, 6. Juli. Nach dem hiesigen Berichterstatter des 'Philadelphia Public Ledger' hat die britische der amerikanischen Regierung Vorschläge gemacht, um eine Verständigung der drei Großmächte Großbritannien, Japan und die Vereinigten Staaten im Stillen Ozean herbeizuführen. Der nämliche Berichterstatter berichtet dazu, daß die englischen Vorschläge auf dem üblichen diplomatischen Wege übermittelt wurden und somit durchaus amtlichen Charakter tragen. Sie unterliegen zurzeit der Prüfung durch die Regierung in Washington.

Asquith soll nach einer Meldung des 'Daily Herald' die Absicht haben, die Führung der Partei der unabhängigen Liberalen niederzulegen und nur noch seinen Sitz im Unterhause zu behalten.

## Wirths Steuerprogramm.

Von Wilhelm Reil.

Der Reichskanzler und Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat das Steuerprogramm, das er in der Mittwochsrede des Reichstags entrollte, wiederholt als ein vorläufiges bezeichnet. Auch wenn das nicht geschehen wäre, hätte man es der Rede angemerk, daß endgültige Entscheidungen noch nicht getroffen sind. Grundlegende Fragen, von denen das Gelingen des großen Finanzwerkes wesentlich abhängt, befinden sich noch im Stadium der Erwägungen.

Es ist begreiflich, daß das neue Reichskabinett nicht schon nach achtwöchiger Tätigkeit mit einem fix und fertigen, in allen Einzelheiten wohl ausgearbeiteten Plan, der fünf oder sechs Duzend Milliarden neuer Reichseinnahmen zu beschaffen geeignet ist, vor den Reichstag zu treten vermag. Ein bißchen weiter aber hätten wir doch schon sein sollen, als wir sind. Es hätte alsbald nach der Annahme des Ultimatums und der Bildung des neuen Kabinetts mindestens unter den Parteien der jetzigen Regierung eine Verständigung herbeigeführt werden müssen über die zunächst zu unternehmenden Schritte. Das wäre um so notwendiger gewesen angesichts der finanzpolitischen Verhältnisse des letzten Jahres, die darin bestehen, daß nicht einmal die Deckung des ordentlichen Etats und des einseitigen nicht zu streichenden großen Aufwands des außerordentlichen Etats angefordert wurde. Obgleich Herr Dr. Wirth dem früheren Kabinett schon angehörte, kann ihm persönlich die Schuld für diese Verhältnisse nicht zugeschoben werden. Die Deutsche Volkspartei drückte dem Kabinett Fechenbach-Simons so stark den Stempel ihres Wesens auf, daß auch der weitblickendste Finanzminister sich in diesem Kreis mit den Vorschlägen, die die Situation gebot, nicht durchzusetzen vermochte.

Die Taktik der Rechtsparteien war während des letzten Jahres darauf gerichtet, die Finanzlage noch um ein Erhebliches ungünstiger erscheinen zu lassen, als sie in Wahrheit schon ist. Man bildete sich ein, die Entente nehme alle ihre unterbreiteten Zahlenaufstellungen unbedenken als ein getreues Spiegelbild der deutschen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse hin und ziehe daraus die gewünschten Konsequenzen. Man sprach stetig und überall von der bereits überschrittenen Grenze der Beschäftigung und verzögerte damit die Flüssigmachung derjenigen Mittel, die zur Ausbalancierung des inneren Etats auf jeden Fall in Anspruch genommen werden mußten. Auf jeden Fall: denn daß wir zunächst einmal unseren Etat ausbalancieren mußten, wie hoch immer die Kriegsschuldensforderung geschraubt werden möchte, das war keinen Augenblick zweifelhaft. Wenn das nicht geschah, so ist die Folge nicht nur die, daß nachträglich noch die Summen aufgebracht werden müssen, die schon im vergangenen Jahr hätten beschafft werden können, sondern auch die, daß der Markkurs infolge gesteigerter Tätigkeit der Rotenpresse noch tiefer gesunken ist, als es im anderen Falle geschehen wäre.

Die Einstellung auf die Auffassung, daß eine weitere Belastung des Besitzes nicht mehr möglich sei, wirkte auch noch nach, als die Entscheidung über das Ultimatum getroffen war und wir vor der unabwendbaren Notwendigkeit standen, Einnahmequellen zu erschließen, die in der Geschichte der Völker kein Beispiel finden. Nicht so sehr der neue Reichskanzler, als vielmehr seine berufenen Ratgeber in der Finanzverwaltung brauchten geraume Zeit, um zu erkennen, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, ohne einen starken Zugriff auf den tragfähigen Besitz auch nur über die allernächste Zukunft hinwegzukommen. Erst nach wochenlangem Besinnen gaben sie zu, daß in der Tat der Besitz durch die bisherigen Steuern höchst ungleich getroffen worden ist und daß folglich der begünstigte Teil der bestehenden Schichten, dem überdies die in raschem Tempo vor sich gehende Angleichung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise große Gewinnaufschichten eröffnen, ohne empfindlichen Schaden für die allgemeine Volkswirtschaft ein neues Opfer ertragen könne.

Die Langsamkeit der Umstellung der ressortmäßig berufenen Mitarbeiter des Reichskanzlers war eines, vielleicht das wichtigste der Hindernisse, die eine rechtzeitige Verständigung der Regierungsparteien hemmten. Auch in der Programmrede des Kanzlers begegnet man noch den Spuren dieser hemmenden Einflüsse. Der Gedanke der 'Beredlung' des Reichsnotopfers trägt noch ganz embryonales Gepräge und die Sorge ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß er von den Ressortkapazitäten nur aufgenommen worden sei, um den durchgreifenderen und größeren Gedanken der Beteiligung des Reichs an Besitz und Ertrag der Sachwerte zu ersticken. Zwar hat der Kanzler diesem größeren Gedanken freundliche Worte gewidmet und mitgeteilt, zunächst sei der Teilplan in Angriff genommen, das Reich an den größeren Unternehmungen, die an der Konjunktur vorwiegend teilhaben, zu einem Bruchteil ihres Ertrags und ihres Wertes zu beteiligen. Das soll geschehen in der Form der Ausstellung von Genusscheinchen, die durch Einziehung der Dividende oder durch Verkauf und Verpfändung verwendet werden können. Das Reich werde also an

einem etwaigen Wertzuwachs der Substanz selbst teilnehmen, fügte der Kanzler hinzu.

Ueberrauschend klar und verständlich sind diese knappen Andeutungen aber nicht. Man erkennt nicht, ob nur an einer Beteiligung des Reichs an den größeren Unternehmungen der Industrie und vielleicht auch des Handels oder auch der Landwirtschaft gedacht wird. Ein einseitiger einseitiger Zugriff würde jedenfalls die spätere Durchführung des gesamten Planes der Beteiligung des Reichs an den Realvermögen nicht erleichtern, sondern sehr erheblich erschweren. Die Beteiligung in Form des Genuss eines würde auch das Reich von jedem Einfluss auf die wirtschaftliche und finanzielle Gebarung der Unternehmungen ausschließen und folglich die Entscheidung über die Höhe des Reich zuzuliefernden Ertragsanteils in die Hände der Eigentümer der Unternehmungen legen. Die Forderung der Interessenten würde schon dafür sorgen, daß das Genusscheinvermögen nicht zu läppig ausfiele.

Diese Scheinkonzession der widerspenstigen Fachmänner kann weder dazu dienen, dem Reich die Mittel an die Hand zu geben, die es braucht, noch dazu, die Unmöglichkeit der Erfüllung des Ultimatum zu „beweisen“. Auch die künstliche Verkleinerung der Aufgabe, die wir erfüllen sollen, hilft uns nicht über den Berg. Mit dem außerordentlichen Etat, der im Jahr 1921 noch einen Bedarf von 59 Milliarden aufweist, hat es doch eine ernstere Bewandnis, als es nach der Rede des Kanzlers scheiner könnte. Gewiß ist es wichtig, daß von dieser Summe der größte Teil in den Etat der Kriegsschuldübernahme übergeht. Aber die nahezu 19 Milliarden Fehlbetrag der Betriebsverwaltung, wie die weiteren 14,2 Milliarden für Lebensmittelzuschüsse, Erwerbslosenfürsorge und Wohnungsbau lassen sich nicht einfach mit einem Federstrich aus dem Etat streichen. Wird der eine oder andere Teil dieses Bedarfs herabgemindert, sei es durch weitere Steigerung der Tarife der Reichsverkehrsbetriebe, sei es durch Aufhebung der Lebensmittelzuschüsse, so wird die Nachwirkung in den Lebensverhältnissen der breiten Massen nicht ausbleiben. Diese Nachwirkungen werden bestehen in einer neuen Teuerungswelle, die naturnotwendig begleitet ist von einer neuen Steigerung des Einnahmebedarfs des Reichs und einem Sinken des Wertes der Mark.

Das aber ist das Schlimmste, was uns passieren kann. Nichts brauchen wir notwendiger, als eine Festigung des Marktes. Wir erreichen sie nicht durch ein zaghaftes Ausweichen in der Frage der Besizerfassung, nicht mit kleinen Mitteln, nicht mit großen einseitigen Massenbelastungen. Diese bewirken das Gegenteil. Wir erreichen sie nur durch eine mit fester Entschlossenheit durchzuführende große Wirtschafts- und Finanzreform. Zu wünschen ist daher, daß alsbald die bisher noch fehlende Verständigung unter den Regierungsparteien herbeigeführt wird, die aus dem vorläufigen unbestimmten Finanzprogramm Dr. Wirths ein endgültiges und bestimmtes macht.

## Reichstagsferien.

Der Reichstag ist gestern nach Erledigung einer umfangreichen Tagesordnung in die Sommerferien gegangen, die bis zum 6. September dauern sollen, falls nicht außerordentliche Ereignisse eine Unterbrechung herbeiführen. Am 6. September wird dann die erste Lesung der neuen Steuervorlagen beginnen, die bis dahin von der Regierung fertiggestellt sein sollen.

Der Reichstag hat in den ersten dreizehn Monaten seiner Existenz 133 Vollsitzungen abgehalten, die nicht ohne praktische Resultate waren, obwohl sie mehr mit langen Reden ausgefüllt wurden, als nötig war. Die Geschäftsordnungscommission hat noch nicht die neuen Arbeitsmethoden festgestellt, die notwendig sind, um den Charakter der Volksvertretung als der obersten beschließenden Reichsbehörde deutlicher in Erscheinung treten zu lassen.

Während der Ausbau der demokratischen Verfassung durch Verabschiedung der Gesetze über die

Reichspräsidentenwahl und den Volkstentscheid weitere Fortschritte machte, läßt sich auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet eher eine rückläufige Entwicklung als eine fortschreitende konstatieren. Die Schuld daran liegt bei der äußeren Bedrängnis des Reichs, seiner wirtschaftlichen Zerrüttung durch die Folgen eines schweren verlorenen Krieges, aber auch an dem Vorhandensein einer bürgerlichen Mehrheit und der Zersplitterung der vor dem Kriege einheitlichen sozialistischen Arbeiterbewegung. Man wird dieses Uebel nicht beheben, indem man seine Ursachen noch verstärkt. Man wird auch die so notwendige Durchdringung der Verwaltung und Justiz mit demokratischem Geiste nicht erreichen, ohne daß die jenseitigen Kreise, die an ihr am meisten interessiert sind, d. h. vor allem die Arbeiter und Angehörigen, ihren Willen einheitlich auf dieses Ziel konzentrieren.

Was man dem Reichstag am höchsten anrechnen muß, das ist, daß er den Vorlesungen einer nationalistischen Rabenquopolitik gegenüber standhielt und mit ziemlicher Konsequenz eine auswärtige Politik unterstützte, die sich dem Zwang der Verhältnisse einseitig anpaßt und damit neue, bessere Grundlagen für sie durch die Außenpolitik zu schaffen sucht. Ob er aber den Mut aufbringen wird, diese Konsequenz auf das steuerpolitische Gebiet zu übertragen, ist die große Frage, die im Herbst dieses Jahres zur Entscheidung stehen wird. Das erste Arbeitsjahr des Reichstags hat nur ein Vorspiel dieser kommenden großen Kämpfe geliefert, in denen es um mehr geht als um den Beweis der Lebensfähigkeit dieses Reichstags, allerdings aber auch um ihn. Wir werden in den zwei Monaten der Reichstagsruhe nicht vergessen dürfen, daß in einem demokratischen Staatswesen das Volk selbst sich stets bereithalten muß, das entscheidende Wort zu sprechen. Rastlose Aufklärungsarbeit muß die bevorstehenden großen Entscheidungen vorbereiten.

## Steuerflucht — nationale Tat!

Durch die „Halper Zeitung“ vom 6. Juli erhalten wir Kenntnis von einem Artikel „Steuermoral und Steuerflucht“, der in Nr. 308 der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ gestanden hat. Die „Bergisch-Märkische Zeitung“ gilt als ein ausgesprochenes Organ des westdeutschen Unternehmertums, der müderischen Fabrikanten in und um Elberfeld, und es ist bezeichnend, daß selbst die rein bürgerlich orientierte „Halper Zeitung“ entsetzt ist über den Abgrund der Unmoral, den das schwerindustrielle Blatt offenbart. In der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ wird nämlich die Steuerflucht als „nationale Tat“ empfohlen. Das Unternehmerblatt weist zunächst darauf hin, daß ein großer Teil der Steuereinnahmen angeblich zu „unproduktiven Zwecken“ verschleudert würde. Solche „unproduktiven Zwecken“ sind nach der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ u. a. — die Erwerbslosenfürsorge und die Beamtenehälter! Das Unternehmerblatt schreibt:

Jahrelange Proteste gegen diesen Unfug haben nichts genutzt. Es müssen schließlich größere Geister beschworen werden.

Welcher Art diese „größeren Geister“ sind, erfährt man dann aus den weiteren Ausführungen, in denen die Verschlebung des Volkvermögens ins Ausland — angeblich, um es „dem Zugriff unserer Feinde zu entziehen“ — als eine „nationale Tat“ gepriesen wird. Der „Feind“, der hier geprellt werden soll, ist offenbar das Ministerium Birth. Das ist keine leichtfertige Vermutung, sondern mit zynischer Offenheit gesteht das die „Bergisch-Märkische Zeitung“ in ihren Schlussätzen ein, die wörtlich lauten:

So unmoralisch wie unter den früheren schönen Verhältnissen ist heute jedenfalls die Steuerflucht nicht. Schwermiegende volkswirtschaftliche Gründe lassen sogar eine Kapitalflucht unter Umständen nützlich erscheinen. Gar nicht gesprochen werden soll über die Tatsache, daß auch andere Gründe persönlicher Art, wie z. B. die ausgesprochene Unternehmenseinseitigkeit und höchst einseitige Orientierung der deutschen Steuer- und Wirt-

schafspolitik, das Unfernehmen nicht gerade dazu veranlassen können, durch große Steuerzahlungen das gegnerische Lager zu stärken.

Das ist die Begleitmusik des rechtsstehenden Unternehmertums zu Helfferichs Reichstagsrede! Im Schweife ihres Angefichts bemüht sich die „Deutsche Tageszeitung“ nachzuweisen, daß Helfferich sich nicht geweigert habe, an der Erfüllung des Ultimatum mitzuarbeiten, daß er die Pflicht und Schuldigkeit betont habe, „zu tun, was wir können“. Da kommt nun die „Bergisch-Märkische Zeitung“ und plaudert mit brutaler Offenheit die wahre Herzensmeinung der deutschnationalen Kapitalistenkreise um Helfferich aus. Im Lichte dieser Ausführungen versteht man auch einigermaßen, was die „Kreuz-Zeitung“ meint, wenn sie davon redet, daß die Durchführung der neuen Steuern technisch sich nicht werde bewältigen lassen!

Man müßte von Rechts wegen ein Einschreiten des Staatsanwalts gegen die „Bergisch-Märkische Zeitung“ verlangen. Aber wir wollen dem Blatt für die unumwundene Aufrichtigkeit dankbar sein, mit der es uns den Kern der „nationalen“ und „patriotischen“ Gesinnung enthüllt. Die gleichen Prozentpatrioten, deren treudeutsche Herzensglut unter dem alten System durch gewinnbringende Millionenaufträge eingeholt wurde, schreiben jetzt die Steuerhinterziehung als höchstes nationales Ideal auf ihre Standardkarte, um die sich das patriotische Unternehmertum sammelt. Erbärmlicher hat noch nie eine Klasse ihr Land im Stich gelassen als diese „Gesellschaft“, von der jeder einzelne zu schwören bereit ist, daß niemand anders als die böse Sozialdemokratie an allem Unglück Deutschlands schuld sei!

## Die „Rote Fahne“ für Paul Müller!

Paul Müller, der begeisterte Anhänger von Schwarz-weiß-rot findet würdige Freunde. Für ihn treten in halber Harmonie die „Tägliche Rundschau“, die „Kreuz-Zeitung“ und — die „Rote Fahne“ ein. Diese schreibt:

Ein Verbrechen gibt es, das die scheinsozialistische Renegatpartei nicht verzeiht: das ist die Beschimpfung der Farben der neuen deutschen Schieberrepublik. Der schwarz-rot-goldene Schmutzlappen ist ihr sakrosankt, und wer diesen beschimpft, macht sich nach dem „Vorwärts“ einer „parteiunabhängigen Ehrlosigkeit“ schuldig, die mit dem Ausschluß aus der Partei geahndet werden muß. Dem kleinen Arbeitervertreter Paul Müller passiert dieses Verbrechen. Er sollte wegen seiner Vorliebe für den schwarz-weiß-rot Reichstappen vor den Parteitag zitiert werden, hielt es aber für angemessen, dem politischen Schieberküngel an der Spitze der SPD, der ihm zu Liebe wollte, folgenden Verachtungsbahnen ins Gesicht zu spucken: (folgt der hier bereits zitierte Brief Paul Müllers). Der „Vorwärts“ zitiert diesen Fladen des renitenten Paul Müller mit einem Beschimpfung über „sinnlose Verteilungen“. Die SPD achtet jede Meinungsfreiheit, wenn sie sich gegen die Revolution für die kapitalistische Geldsackdemokratie einsetzt. Also Paul Müller hat sich nach Ansicht der „Roten Fahne“ mit seiner Huldbigung vor Schwarz-weiß-rot für die Revolution, gegen den kapitalistischen Geldsack eingesetzt!

Mielen befähigt! Der preussische Innenminister Dominicus hat den kommissarischen Landrat von Mielen, Genossen Mielen, endgültig als Landrat für den Kreis Mielen bestätigt. Damit findet der Streit um ein Landratsamt sein Ende, der von den deutschnationalen Vorposten mit allen Mitteln der Demagogie geführt worden war.

Die Baradenstadt der Leuna-Werke soll abgebrochen werden, nachdem die Arbeiter anderweitig Unterkunft gefunden haben. Die Baraden waren nach dem mitteldeutschen Aufstand ein Sammelpunkt für neue Unruhen.

Der Schuldenmacher. Erprinz Friedrich Leopold von Preußen, der sich bisher in Lugano aufhielt, und dessen Geldausgaben viel von sich reden machten bei der Auseinandersetzung mit dem preussischen Staat, hat nach Meldung der B.Z. die Schweiz verlassen und sich zu dauerndem Aufenthalt nach Desterreich begeben. — Offenbar meint er, daß Schulden in österreichischer Kronenwährung leichter zu decken sind als solche in Schweizer Franken.

## Die Lehrerin.

Von Viktor Engelhardt.

In einer Abendgesellschaft war's. Die junge Lehrerin erzählte von ihren Kindern, daß sie morgen zwei Stunden Rechnen und eine Stunde Geographie geben müsse: „Da nehme ich aber eine alte Karte und sage — hier — das haben uns die Franzosen gestohlen, geraubt — das Lumpenpack! Aber, Kinder, wir werden es ihnen wieder entreißen — Ihr selber werdet's erleben, — da bleibt keiner zu Hause — da schlagen wir diese Hunde tot!“ Nun gab es kein Halten — das Gespräch war politisch geworden und ein Abgrund offenbarte sich — in einem weiblichen Herzen! Sie war krank an Hof, lebenslanglich krank, wie sie selber sagte. Sie will hassen bis in den Tod. Bedauernswertes Geschöpf! Doch manch einer hat aus dem Krieg eine lebenslängliche Krankheit mit nach Hause gebracht — an Körper oder an Geist. Das ist Schicksal. Doch zeigt uns den Mann, dessen Körper durchscheitert ist mit Gift, und der es bei vollem Bewußtsein wagt, neue Menschen zu zeugen und das Gift zu vererben. Wir werden ihn alle verdammen. Und jenen Frauen jubelt man zu — jenen Frauen, deren Seele durchscheitert ist mit Gift, und die dieses Gift — vor aller Augen — den Kindern vererben, nicht einigen wenigen nur, nicht nur den eigenen, nein, den fremden, ihnen anvertrauten Scharen.

Unheilbarer Haß ist Schicksal, und ein Schicksal mag ihn erlösen. Jeder trage seinen Haß wie eine Krankheit zu Grabe. Aber keiner vererbe, daß die Kinderseelen — haben wie drüben — vom Haß nichts wissen, keiner vergesse, daß in den Kinderseelen unsere einzige Rettung liegt. Wer von uns vermag die zu hassen, die heute in Frankreichs Wiegen schlummern, — was haben sie uns getan? — Und wer von den Kleinen, die ihr erstes „Maman“ dort lassen, vermag die zu hassen, die „Bati“ schreiben? Führt sie zusammen, und sie werden miteinander spielen wie Engel, die von der Welt nichts wissen. — Und in dies Land der Unschuld tragen wir — ohne mit der Wimper zu zucken — die schwerste Krankheit, an der wir leiden! — Steht denn keiner, daß hier Verbrechen begangen werden, gegen welche die Abenteuer eines Hölz gering erscheinen? — Nein — keiner merkt es, — und die es sehen müßten — bleiben stumm. „Mich wundert, daß mir noch kein sozialdemokratischer Vater auf den Hals gekommen ist,“ sagte jene Lehrerin zum Schluß stolz und triumphierend. — Ja — mich wundert es auch. Eltern, kümmerl's Euch denn gar nicht, was eure Kinder in der Schule hören? Achtet doch auf das, was sie erzählen — und greift ein, wo es nötig ist. Geht hin zum Lehrer — zur Behörde — in die Öffentlichkeit — ganz gleich — wohin Ihr könnt! Hier gibt es keine Rücksicht auf Zeugnis und Fortkommen des Kindes, denn hier geht es um der Menschheit höchstes, heiliges Gut, hier geht's um den Frieden derer, die nach uns kommen!

1921, das Jahr der Winde. Das Jahr 1921 zeichnet sich durch viele Ost- und Nordwinde aus, die im Juni wochenlang mit fast unverminderter Heftigkeit wehten und dadurch die Temperaturen bis auf fast 70 Jahren nicht mehr beobachtete Herbsttemperaturen im Vorommer herabdrückten. Dadurch hat wohl mancher sein Augenmerk auf die meteorologischen Gesetze und namentlich auf die des Windes gerichtet, dem sonst Naturbeachtung weit aus seinem Interessentkreise liegt. Trotzdem werden die wenigsten wissen, daß der Wind mit der Auflockerung der Luft im Zusammenhang ist. Hierüber aber entscheidet die Temperatur. Der Wind bringt nicht nur andere Temperatur, sondern Kälte oder Wärme bringen auch ihn. R. Francé schreibt hierüber in seinem neuen Werke: Bios, das die alle Gesetze der Welt in gemeinverständlicher Form behandelt. Das Gewicht einer gleichhohen Luftsäule ist geringer, wenn sie warm ist, als wenn sie kalt ist. Es wird also nahe dem Erdboden bei kalter Temperatur die Luft „höheren Luftdruck“ aufweisen, als bei warmer Temperatur. Von den kälteren Orten strömt nun die Luft dem natürlichen Gefälle folgend in die Zone der „ausgeloderten“ warmen Atmosphäre. Und diese Bewegung nennt man Wind. Allerdings verhält sich das in den höheren Schichten der Luftkugel gerade umgekehrt: die warme Luft strömt dort in die kalten Räume ab, so daß im Ganzen bei Temperaturunterschieden benachbarter Orte eine Zirkulation entsteht, die durch Ausgleich einen mittleren Zustand als eine Harmonie der Atmosphäre schafft.

Es ist also der Wind gewissermaßen der Heilungsprozeß, um die durch Temperaturunterschiede entstandenen Störungen wieder auszugleichen. Er ist nicht die Ursache der Störung, sondern ihre Folge, so wie Krankheit nicht die Ursache, sondern nur die Antwort auf irgend etwas die Harmonie des Körpers Störendes ist und diesen schädlichen Zustand auszugleichen sucht.

Falsch ist es daher, zu sagen, wie es allgemein üblich ist, daß der Wind das Schlechte weiter bringe. Er sucht es vielmehr aus der Welt zu schaffen. Er ist stets der Vermittler, gewissermaßen das Verbindungsband zweier verschiedener Wetterlagen und es ist ein sonderbarer Trost, daß in dem Augenblick, in dem der kühle und unfreundliche Wind einsetzt, damit auch die Kräfte am Werk sind, die nicht ruhen werden, bis wieder die große Harmonie der Witterung hergestellt ist.

Der Sonnenanbeter außer Dienst. Der normanische Schriftsteller Arlet Maurer hat während seines Aufenthalts in Salzburg ein hübsches Geschichtchen über das Salzburger Wetter erlauscht. Zwei Fischer unterhalten sich, mühsamlich über das ewige Raanemetter, als eben der Schnellzug von Wien ankam. Unter den Reisenden, die heraustraten, war auch ein Herr mit einem roten Feg.

„Siehst du den da mit der roten Mütze?“ fragte der erste Fischer. „O ja,“ nickte der andere leihorgisch.

„Der ist kein Bolschewik und kein roter Kommunist. Nein, ein feiner Mann ist er, ein Perser — aus Persien, weißt du . . . dahinten.“

Er winkte mit der wetterbraunen Hand in der Richtung gegen den Untersberg.

„O ja!“

„Die Perser sind merkwürdige Leute. Denke dir, sie glauben

nicht an Gott, sie beten die Sonne an. Kannst du so was begreifen, Schorsch!“

„O ja,“ antwortete Schorsch mit einem gütigen Blick nach dem trostlos grauen Himmel — und sein feiner Perser ist hier in Salzburg abgeklungen, um endlich einmal seine Ruhe zu haben!“

Ein preussisches Naturerholungsgebiet in Sicht. Der vom Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk aufgestellte Entwurf eines Gesetzes zur Erhaltung der Baumbestände im Ruhrkohlenbezirk ist in Berlin bei den zuständigen Stellen sehr beifällig aufgenommen worden und hat dazu geführt, daß jetzt in den beteiligten Ministerien beabsichtigt wird, ein solches Gesetz für ganz Preußen zu erlassen. Danach sollen die Baumbestände in der Nähe von Großstädten, von Bade- und Kurorten sowie in Industriegebieten im Interesse der Volksgesundheit als Erholungsstätten für die Bevölkerung erhalten bleiben. Die Provinzialausschüsse sollen ferner bestimmen können, welche Uferstreifen an Seen und Wasserläufen dem Fußgängerverkehr zwecks Förderung des Wanderns dienen sollen.

Die Stadt der Dichter. Kiew darf den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die „Stadt der Dichter“ zu sein, denn nach französischen Meldungen zählt die Hauptstadt der Ukraine nicht weniger als 3478 Poeten, die unter diesem Beruf in die Verpflegungslisten eingeschrieben sind. Doch wäre es vornehm, deshalb auf eine besondere dichterische Veranlagung der Bewohner von Kiew oder auf eine leidenschaftliche Verehrung der Muse in dieser Stadt zu schließen, denn für die große Schar der Dichter scheinen viel materiellere Gründe maßgebend zu sein. Da die Volksgewissen Lebensmittelfürten nur an Mitgliedern einer Ständesorganisation ausgeben, so müssen sich die Intellektuellen, die nicht hungern wollen, bei einer Genossenschaft einschreiben lassen, und sie bevorzugen augenscheinlich den Dichterberuf, der auf diese Weise eine solche Menge unfreiwilliger Anhänger erhalten hat.

Was bei der Jocktrottel abpringt. Der Salome-Jocktrott, der heute überall die Herrschaft ausübt, hat seinem (in Wien lebenden) Schöpfer Robert Stolz bisher ein Gehaltshonorar von nicht weniger als 32 Millionen deutsch-österreichische Kronen eingebracht. Der Einfall einer glücklichen Stunde, eine Melodie, ein Rhythmus, der sich einmischelt, und die tanzlustige Welt antwortet mit einem Millionenbetrag.

Keine Heißhime. Die Film-Oberbühnen haben die Aufführung des Armbendengoniatismus „Die Nacht aus dem Meer der Helmatollen“, die unumkehrbar gegeben war, widerrufen. Damit wird in zweiter Instanz aus außenpolitischen Gründen ein Film verboten, der die chauvinistischen Gefühle und den Haß gegen Frankreich zu schüren suchte, so daß der französische Botschafter in Berlin vorzeitig wurde. Es ist nun an Frankreich, die Heißhime gegen Deutschland, an denen es dort nicht fehlt, zu unterbinden.

Eine Pariser Studenten-Siedlung. Der Wohnungsnot und dem allgemeinen Elend der Pariser Studenten soll dadurch gefeuert werden, daß auf dem Gelände der niedergelegten Pariser Festungsanlagen im Süden der Stadt eine große Siedlung für Studenten errichtet wird, die neben einfachen Wohnhäusern große Spießkamine, Gartenanlagen und Sportplätze umfassen soll.

# Groß-Berlin

## Zum Hohn auf die Republik!

Im dritten Jahr der Republik haben manche Reichs- und Staatsbehörden noch nicht begriffen, daß sie sich nicht mehr „kaiserlich“ und „königlich“ nennen dürfen. Zu der Liste der im „Vorwärts“ veröffentlichten Fälle, in denen diese Bezeichnungen verächtlich oder wissentlich beibehalten worden sind, kommen immer noch neue Beiträge aus unserem Leserkreis.

Nach wie vor treibt die Postverwaltung es am schlimmsten. Immer wieder wird uns gemeldet, daß Postämter — es hat kaum noch einen Sinn, sie hier einzeln zu nennen — an den Hausfronten als „kaiserlich“ bezeichnet werden. Darunter sind solche, die im „Vorwärts“ schon früher genannt wurden, bei denen aber seitdem nichts geändert worden ist. Eigenartig berührt es, daß auch die Justizverwaltung die geistlich durch die Verfassung festgelegte Nennung der Staatsform nicht so, wie es nötig wäre, beachtet. Warum „prangt“ das Wort „königlich“ noch an Gerichtsgebäuden, wie z. B. in Neudörfen am Amtsgericht und in Charlottenburg am Landgericht? In Charlottenburg sind solche wie eine Verhöhnung der republikanischen Verfassung wirkenden Ueberbleibsel der monarchischen Zeit besonders häufig. Das Hauptpostamt in der Berliner Straße „Schmidt“ seinen Eingang noch mit einem Wappenschild, dessen Aufschrift diese Behörde für „königlich“ ausgibt. Das Charlottenburger Ständesamt in der Blyower Straße hat in der Hausfront die vor kurzem von uns gerügte Bezeichnung „königlich“ inzwischen durch Ueberklebung verdeckt. Dagegen sieht man am Hauseingang des Charlottenburger Ständesamtes in der Manifeststraße noch ein Wappenschild, dessen Aufschrift das „königlich“ in umgekehrter „Schönheit“ zeigt.

Auch Schriftstücke mit Stempeln, aus denen die Worte „kaiserlich“ oder „königlich“ nicht gestrichelt sind, sind uns wieder noch vorgelegt worden. Daß auch hier wieder die Post dabei sein zu müssen glaubt, wundert uns schon lange nicht mehr. In der Hauptklasse des Postamtes Berlin 8 (Französische Straße) wird noch ein „kaiserlicher“ Dienststempel benutzt, und daselbst geschieht im Paketpostamt. Ebenso kommt es bei der Post immer wieder vor, daß sie Formulare weggibt, auf denen sich das Wort „kaiserlich“ gänzlich unausgestrichen präsentiert. „Königlich“ nennt sich noch das Ständesamt in Wilhelmshagen auf einem aus der monarchischen Zeit unverändert beibehaltenen Handstempel, der einem am 1. Juni 1921 von dort abgeleiteten Brief aufgedruckt ist. Gleichfalls im Juni 1921 benutzte die Kanaleisenbahndirektion Berlin noch einen Handstempel mit dem Zusatz „königlich“, wie wenn ihr keine November 1918 gehabt hätten. Auch die Eisenbahnstationen in Eberswalde stempeln noch „königlich“ zur höheren Ehre Wilhelms des Besten, des nach Holland ausgekniffenen Deserteurs. Gegenüber dem fortdauernden Gebrauch solcher Handstempel wird es schwer, noch an ein bloßes Versehen zu glauben. Wie die Zuschriften aus unserem Leserkreis zeigen, ist man in weiten Kreisen der Bevölkerung der festen Meinung, daß die Beibehaltung der „Königlichkeit“ und „Kaiserlichkeit“ in Handstempeln, auf Formularen und an Dienstgebäuden weiter nichts als eine dreiste Provokation sei.

Es ist uns nicht möglich, alle uns über derartigen Unfug zugegangenen Mitteilungen hier wiederzugeben. Erwähnen wollen wir aber bei dieser Gelegenheit, daß auch Privatpersonen das Treiben mitmachen und sich led. noch „Hoflieferanten“ nennen. Als „Hoflieferant“ wird noch die Firma C. Epner in Berlin am Rollenmarkt durch Zuschrift an der Hausfront angepriesen. Auf eigene Art soll die Butterfirma Gebrüder Grob die Frage gelöst haben, was sie mit ihrem Hoflieferantentitel machen soll. Wir sehen ihn noch groß und breit in den Zuschriften an verschiedenen Filialen, die in den „nobleren“ westlichen Teilen Groß-Berlins gelegen sind. Bei manchen derjenigen Groß-Filialen aber,

die in den Stadtteilen des Ostens und Nordens liegen, ist der Hoflieferantentitel — wie man uns mitteilt — beseitigt. Wir haben allerdings sogar in den minder „noblen“ Stadtteilen noch keine Filiale der Gebr. Grob gesehen, bei der wirklich alle Spuren der ehemaligen Hoflieferantenherrlichkeit beseitigt wären.

### Dreist und gottesfürchtig.

Unberechtigte Kirchensteuerforderungen gehören bei der evangelischen Berliner Stadtsynode ansehnlich zu den unausrottbaren Dingen. Solche im „Vorwärts“ schon oft besprochenen Mißgriffe kommen immer wieder vor — und immer wieder machen sie böses Blut bei den nicht Kirchensteuerpflichtigen, die mit derartigen Forderungen belästigt werden. Verwunderung erregt dabei gewöhnlich die Unbesonnenheit, mit der die Kirche dem Befähigten obendrein die Pflicht zuschiebt, seinerseits den Nachweis zu führen, daß er tatsächlich nicht Kirchensteuerpflichtig ist. Das entspricht den bisherigen auf Gesetzesbestimmungen sich stützenden Gepflogenheiten im Steuerwesen überhaupt, wo ja jeder einer Steuerpflicht verdächtige Staatsbürger von der Steuerbehörde nach dem Grundsatz behandelt wird: „Ich behaupte alles und erwarte den Gegenbeweis.“ Daß aber auch die Kirche nach ähnlichem Rezept soll verfahren dürfen, will vielen Leuten nicht in den Sinn. Wer schon vor Jahrzehnten so vernünftig war, seinen Austritt aus der Kirchengemeinschaft zu vollziehen, und ihn in vorgeschriebener Form beim Gericht zu Protokoll zu geben, der kann sich doch noch jetzt plötzlich mit einer Kirchensteuerforderung überrascht sehen. Wenn er den „Wisch“ unbeachtet beiseite wirft, könnte er eine neue Ueberrohung erleben; denn bei Unterlassung des Widerspruchs darf die Kirche auch ihre unberechtigten Forderungen schonungslos eintreiben. Wer aber die empfehlenswerte Vorsicht übt, Widerspruch zu erheben, erhält vom geschäftsführenden Ausschuß der Berliner Stadtsynode etwa folgenden Bescheid, wie ein Leser unseres Blattes ihn uns jetzt wieder vorlegt:

Sie sind uns als evangelisch zur kirchlichen Besteuerung überwiesen worden. Lüberdem sind Sie noch Auskunft des Einwohnermeldeamts dort als evangelisch verzeichnet. Sie können deshalb von der Kirchensteuerpflicht nur dann befreit werden, wenn Sie uns innerhalb 14 Tagen durch Urkunde (Taufschein, Austrittsbescheinigung) den Nachweis liefern, daß Sie der evangelischen Kirche nicht angehört haben oder aus der evangelischen Kirche in der geschäftsmäßigen Form ausgeschieden sind, oder uns angeben, an welchem Orte, bei welchem Gericht und unter welchem Aktenzeichen Sie den Austritt erklärt haben. Nach Ablauf obiger Frist möchten wir annehmen, daß Sie den Ihnen obliegenden Nachweis nicht erbringen wollen. Das Einziehungsverfahren wird dann fortgesetzt werden.

Der Mann, der mit dieser unberechtigten Kirchensteuerforderung belästigt wird, weist uns durch Ueberreichung der amtlichen Schriftstücke nach, daß er bereits am 30. Oktober 1895 aus der katholischen Kirche und seine Frau am 27. September 1919 aus der evangelischen Kirche ausgetreten ist. Man beachte hier, daß der Mann überhaupt niemals der evangelischen Kirche angehört hat, an die er jetzt Steuern zahlen soll! Das ganze Vorgehen der Berliner Stadtsynode, die unberechtigt Steuern von ihm fordert und ihm dann den Beweis der Nichtangehörigkeit auferlegt, erscheint ihm als Dreistigkeit, die nicht dadurch gemildert wird, daß sie mit Gottesfurcht gepaart ist. Es ist Standlos, daß die Kirchengemeinden immer noch kein Mittel gefunden haben, sich selber Gewißheit darüber zu verschaffen, wer zu ihren Mitgliedern gehört und wer nicht.

### „Kronen entlaufen.“

Ein hiesiger Kaufmann, der im Besitz von 650 000 österreichischen Kronen war, hatte mit deren Verkauf einen Kaufmann Falgraben beauftragt. Dieser gab an, das Geld in Hamburg günstig verkaufen zu können. Als er sich auf der Reise dorthin befand, sandte er an seinen Auftraggeber ein Telegramm: „Kronen entlaufen, Verfolgung aufgenommen.“ Der Empfänger wartete zunächst auf ausführlicheren Bescheid und erfuhr, daß seinem Beauftragten nach dessen Angaben das ganze Geld auf der Fahrt im D-Zuge gestohlen worden sei. Er gab an, das Paket mit den Kronen in seinen Mantel gewickelt und auf das Gepäck gelegt zu haben. Ein Dieb habe ihm nun den Mantel mit dem Geld gestohlen. Die Verfolgung, die er aufgenommen habe, sei jedoch ergebnislos gewesen. Die Sache erschien jedoch verdächtig

und die Kriminalpolizei stellte fest, daß Falgraben vor seiner Reise schon hier in Berlin einen Teil der österreichischen Kronen in deutsches Geld umgetauscht hatte. Er wurde deshalb unter dem dringenden Verdacht, die ganze Summe unterschlagen zu haben, festgenommen.

### Die Trinkgeldfrage in der Öffentlichkeit.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten erläßt folgenden sehr beachtenswerten Aufruf an das Publikum: Das Trinkgeldwesen ist durch das Vorgehen der Gesellschaft für Soziale Reform zu einer das gesamte Publikum angehenden Frage geworden. Alle Stände und Berufe sind gleich stark daran interessiert. Als das Gesetz den Steuerabzug von 10 Proz. für alle Arbeitnehmer vorschrieb, ging ein Raufschon der Entrüstung durch ganz Deutschland. Wenn aber irgendein Gastwirt seinen Gästen eine Steuer von 10 Proz. in Form von Bedienungsgeld vorlegt, so wird das mit Achselzucken hingenommen. Würde man es sich gefallen lassen, wenn die Warenhausbesitzer, um die Löhne für die Angestellten zu sparen, an der Kasse zu den Verkaufspreisen einen Aufschlag von 10 Proz. für die Bedienung des kaufenden Publikums erheben würden? Die Steuerlasten, die jedem Arbeiter und Angestellten heute auferlegt werden, sind, wie man immer wieder hört, für jeden einzelnen drückend. Aber trotzdem bezahlt das Publikum geduldig immer noch besondere Steuern in Form des Trinkgeldes in ziemlicher Höhe. Wer trägt nun eigentlich die Schuld an diesen Zuständen? Zum größten Teil das Publikum selbst. Wer Trinkgeld gibt ist mindestens ebenso schuldig, wie derjenige, der Trinkgeld nimmt. Nur im Interesse des Publikums liegt es, den Kampf gegen das Trinkgeld zu führen. Eine Unflut des Mittelalters wird auch durch die Tatsache jahrhundertelanger Ueberlieferung zu keiner stillosen Einrichtung, und die Ungerechtigkeit des Vorkaltens einer geregelten Entlohnung wird durch die Berufung auf ihr Alter noch lange keine Gerechtfertigung. Deshalb fort mit dem alten Jopf, fort mit dem Trinkgeld! Wenn die Trinkgelddgeber aussterben, werden gleichzeitig auch die Trinkgelddäger mit beerdigt.

### Granaten im Oststeich.

Auf dem Rittergut Mariensfelde befindet sich in der Mitte des Gutshofes ein Teich. Als gestern vormittag mehrere Landarbeiter mit der Reinigung des Basses beschäftigt waren, fanden sie auf seinem Grunde 11 Stück 7,5 cm- und 2 Stück 10 cm-Granaten. Der Fund wurde der Schutzpolizei übergeben.

Die SPD-Elternbeiräte Charlottenburgs nahmen in ihrer letzten Sitzung Stellung zu zwei infolge der Staatskürzungen notwendig gewordenen Maßnahmen des Bezirksamtes VII, die für das Wohl der Schuljugend von ganz besonders nachteiliger Wirkung sein werden.

Seit Jahren wird in den Charlottenburger Schulen nach Beendigung des Unterrichts im Interesse der Schulhygiene eine tägliche Reinigung der Klassenzimmer vorgenommen. Durch die eingetretenen Staatskürzungen aber soll in Zukunft nur noch dreimal wöchentlich eine Säuberung der Schulzimmer stattfinden. Die SPD-Elternbeiräte Charlottenburgs erheben gegen die für das körperliche Wohl unserer Schuljugend so bedenkliche Maßnahme ganz energischen Protest.

Als eine geradezu erschütternde Bedeutung für das Charlottenburger Schulleben aber muß die beabsichtigte Beschränkung der Zahl der Schulpflegerinnen von 18 auf 5 betrachtet werden. Die Schulpflegerin ist das Bindeglied zwischen Schule und Haus, zwischen Lehrer und Eltern; sie ist die „rechte Hand“ des Schularztes, eine unentbehrliche Hilfskraft des Lehrers für die Behandlung und Beurteilung der Kinder; sie erforscht die häuslichen Verhältnisse, sorgt für die Unterbringung der Kinder in Ferienkolonien, Waldschulen, Waidberghausstätten und Landaufenthaltsstellen; in ihrer Hand liegt zum Teil die Organisation der Schul- und Quaderspeisung; sie ist kurz gesagt — vom sozialen Standpunkte aus betrachtet — die wichtigste Persönlichkeit im ganzen Schulleben überhaupt. Und ausgerechnet diese wichtige Kraft, die überdies für ihre Müheverwaltung noch eine ganz unzureichende Entlohnung erhält, soll unseren Charlottenburger Schulen wieder genommen werden. Gegen diese unsoziale Maßnahme erheben die Charlottenburger Elternbeiräte im Namen der dadurch besonders betroffenen Arbeiterbevölkerung gleichfalls ganz energischen Protest.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Jeden Abend „Der Ruchreigen“ im Wälder-Theater. Eintrittskarten à 7,50 M. für alle Sonntagabendmattag-Opernaufführungen im Theater der

24]

# Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Er schüttelte schon wieder gleichmütig den Kopf. „Und dennoch ich will...!“

„Und wohnen wollen Sie?“

Er war plötzlich wieder sehr ernst und ruhig. „Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, daß ich den Weg, den ich gehe, bis an sein Ende, bis ans Ziel gehen muß. Und ich denke, daß ich dieses Ziel eines Tages sehen werde. Dann will ich es Ihnen zeigen.“

„Ich werde warten,“ sagte sie. „Und ich glaube, daß ich nicht lange werden warten müssen. Der Weg, den Sie gehen, führt in die Unendlichkeit, wie alle Wege, die wir machen... Aber der Ihre ist beschwerlich. Sie werden bald müde sein.“

„Und dann... dann wollen Sie mich aufnehmen... und mich bei Ihnen ruhen lassen?“

„Ja.“

Er nahm ihre beiden Hände und küßte sie dankbar: „Gut, wir wollen warten.“

Er führte sie selbst hinaus, bis hinunter in den Garten. Er sah ihr nach, bis sie verschwand. Dann kehrte er ins Haus zurück.

„Protop!“ rief er erregt und freudig. „Paden! Paden! Wir müssen reisen! Wir müssen fliehen!“

Er nahm die Papiere, die sie bei ihm zurückgelassen hatte, wog sie in den Händen und dachte: Es wäre unlogisch, wenn ich ihr gegenüber bereuen würde, es wäre ein Verrat an meinem Grundsatz. Sie erwartet es auch nicht. Denn sie kennt jetzt meinen Weg.

Er rief seinen Diener. „Protop,“ sagte er, rasch die Adresse der Frau von Marisch auf das Paket schreibend, „die gnädige Frau hat dieses hier vergessen. Bringen Sie es zur Post!“

„— meinen Abschiedsgruß,“ ergänzte er in Gedanken.

### III. Lucie.

11.

Reisner machte keine Reife, nicht um sich zu zerstreuen, sondern um sich zu sammeln, nicht um sich zu vergessen, sondern um sich wiederzufinden.

Alles, was er sah, Menschen, Orte, Dinge, betrachtete er mit einer stummen Erwartung: würde es ihm sagen, was er nicht wußte: wer er war?

Er suchte in den Augen der Menschen zu lesen, was sie über ihn dachten, und er las nur Gleichgültigkeit. Eindringlicher redeten schon die Dinge auf ihn ein. Es war, als ob sie zu ihm sagten: grübele nicht, lebe! Und gar von den Landschaften empfing er immer wieder die erhabene Mahnung: Sei wie wir, — sei ohne Schuld! Wir atmen, wachsen, blühen, tragen Früchte und welken — und uns bedrückt keine Erinnerung an die Vergangenheit und uns schreckt keine Furcht vor der Zukunft!

Doch er wurde um so unruhiger, je ruhiger der Rahmen war, in den er sein neues Leben hineingesetzt hatte. Er sah es, daß er vor sich selber floh, wo er doch ausgezogen war, sich zu finden. Er war das Gegenteil von Peter Schlemihl: der Schatten, dem er zu entkommen trachtete, blieb ewig bei ihm!

Er fuhr nach München und wußte, dort angekommen, nicht, was er dort wollte. Er schlenderte planlos durch die Straßen und hatte das Gefühl, verkauft zu sein. Er besuchte Cafés und Theater und langweilte sich tödlich. Er knüpfte auch, von einer grauen Verzweiflung gepackt, galante Bekanntschaften an, löste sie aber schon wieder, kaum daß sie ein paar Minuten gedauert hatten. Mit keinem Menschen kam er in Fühlung, immer gähnte zwischen ihm und den anderen ein toter Raum.

Er kam nach Innsbruck. Es entging ihm nicht, daß Töne und Farben hier anders waren, und er blieb auch eine Weile neugierig, um bald doppelt enttäuscht zu werden, da er dem Neuen in dieser Stadt um keinen Schritt näher kam. Er merkte es, daß die Menschen in seiner Gegenwart stiller wurden oder gar verstummten, sicher aus dem instinktiven Verdacht heraus, einen vor sich zu haben, der ihnen irgendwie feind war. Und er dachte mit Erbitterung an das Mal auf seiner Stirn, das, ohne sichtbar zu sein, doch immerhin sichtbar blieb.

Er schickte Protop mit dem Gepäck über den Brenner voraus und wandte sich selbst in tagelangen Fußmärschen südwärts. Die Einsamkeit tat ihm schließlich doch wohl. Wie Menschenhaffer, um des in ihnen brach liegenden Ueberflusses an Liebe ledig zu werden, sich oft mit einer für sie erstaunlichen Rärtlichkeit Tieren und der Natur zuwenden, so liebte es auch Reisner jetzt, stundenlang im Wasche dem Rauschen der Bäume zu lauschen, seinen Blick voll nachdenklicher Melancholie an den Wolken hängen zu lassen und mit Finken, Vögeln, Käfern stille Gespräche zu führen.

Er kam allmählich bis Brigen und dann immer südlicher nach Bozen. Dort erwartete ihn Protop. Er schickte ihn abermals voraus diesmal bis Meran, um ihm auch ein zweites Mal als Fußgänger zu folgen, jetzt ein sonniges, warmes,

blühendes Tal durchschreitend, das, von einem tiefblauen Himmel überwölbt, in der Leppigkeit seines saftigen Grüns einem paradiesischen Treibhaus glich.

Ueber diesem neuen Himmel stahl sich ganz jäh eine ihm noch neue Heiterkeit in sein Herz. Er erwachte eines Morgens in einem Landgasthof, von der summenden Wärme draußen geweckt, die durch die offenen Fenster in breiten Wellen zu ihm hereinschloß.

Er sprang aus dem Bett, wusch sich kalt und sah dann unten in der Veranda beim Frühstück, von einem jungen Mädchen bedient, dessen blendend weiße Schürze alle Strahlen der Sonne auf sich zu ziehen schien.

Das Mädchen ludte ihn freundlich an und begann ein Gespräch mit ihm, in dessen Verlauf er erfuhr, daß dieses Kind kaum siebzehn Jahre alt war, Klara hieß und aus einem Dorf in der Nähe Klagenfurts hierher in Stellung gekommen war, die ihre erste war.

Klara sprach ein reines Deutsch, in dem der weiche Dialekt der Kärntnerinnen kaum wahrzunehmen war. Sie hatte jene bieglame Schlantheit, die nicht ohne beginnende Fülle ist. Ihre Augen und ihre Haare waren braun und sie hatte kleine, fleischige Hände, die noch nicht schwer gearbeitet hatten.

Reisner bat sie, sie möchte mit ihm eine Stunde spazieren gehen. Sie sagte auch zu. Und des Abends schritten sie wirklich nebeneinander auf einem Wiesenpfad, der durch Büsche und Gestrüpp zu einer uralten Ruine hinaufführte, in deren düsteren, zerfallenen Toren, Bogenfenstern und Mauern ein romantischer, kühler Moder hing.

Es wurde dunkler, und sie saßen nebeneinander auf einer Bank, ohne mehr als dann und wann einen halben Satz zu reden. Es war auch nicht nötig, daß sie sich mit Worten verständigten, denn etwas ganz anderes war zwischen ihnen, das sie einander nahe brachte und sie eng miteinander verband. Es war dies die geheimnisvolle Kraft eines dunklen Verlangens, das aus ihnen beiden aufwuchs und das sich danach sehnte, von dem andern gefühlt und gestillt zu werden. So legte Reisner nur stumm den Arm um Klara und küßte sie auf den Mund, der ihm entgegenblühte, jung, durstig und stark...

Als wäre damit alles zwischen ihnen ins reine gekommen, fanden sie nun auch Worte, um sich zu sagen, daß sie einander gern hätten. Das „Du“ fiel zwischen ihnen und riß die letzten Schranken fort. Sie spürten, daß sie jung waren und das Recht hatten, jung zu sein. Ihre Zuneigung zueinander hatte keine Hindernisse zu überwinden. Es war einfach so: sie nahmen einander und gaben einander wieder frei...

(Fortf. folgt.)



Publikum befasst. Der in Leipzig wohnende Vertreter des Auswärtigen Amtes hat dem Leiter der französischen Delegation sofort sein Bedauern über den Vorfall ausgesprochen. Die sächsische Polizeibehörde hat Ermittlungen eingeleitet; sie wird außerdem dafür Sorge tragen, daß derartige Kundgebungen in Zukunft nach Möglichkeit vermieden werden. Für den Schutz der französischen Regierungsveteren wird in jeder Weise Sorge getragen.

Der „Temps“ schreibt: Nachdem die von der englischen, belgischen und französischen Regierung geleiteten Anklagen gegen deutsche Kriegsverbrecher nacheinander vor dem Reichsgericht in Leipzig zu Freisprechungen geführt hätten, sei man in Paris der Ansicht, die Alliierten müßten gemeinsam Protest erheben und alle dem Reichsgericht übermittelten Akten zurückfordern.

## Aus aller Welt.

### Wiener Kindersterben.

Infolge des außerordentlichen Rückganges der Schülerzahl an den Volksschulen mußten in Wien 5 Schulen geschlossen werden.

Für arme Wiener Kinder wurde am letzten Sonntag ein großes Volksfest rings um das herrliche gotische Rathaus der alten Donaustadt veranstaltet. Die Eintrittsgebühr betrug nur 20 Kr. Un-

zählige zahlten noch die Sondergebühr für den Rundgang durch den Riesenbau. Mächtig wurde an der großen Turmuhr der bis dahin erreichte Spendenbetrag angezeigt. Bei Schluß waren es gegen 9 Millionen, zu denen noch der Reinertrag des Festes selber kommt. Eine alte einfache Frau sagte mit Recht: „Da wer'n hübsch a paar tausend arme Hascherln aufs Land g'schickt wer'n können.“

**Verhobene Fischdampfer.** Vor längerer Zeit berichteten wir über eine Verhobung der drei Beestemünder Fischdampfer Arthur Dunfer, Maria Richardson und Emma Deiten an das Ausland. Diese Dampfer wurden nach Mitteilung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligungen auf Grund gefälschter Bewilligungen ausgeführt; auch ist von dieser Seite ein Verfahren beim Landgericht I Berlin eingeleitet. Bis heute — das Schreiben des Ministers für Handel und Gewerbe unter J.-Nr. 111 8528 datiert vom 8. Juli 1920 — hat man hierüber nichts gehört.

**Oberschießen in den Pyrenäen.** Der Präfect des Departements Pyrenées-orientales, Rompon, sowie sein Generalsekretär Gervais und der Chefingenieur Rothien machten eine Inspektionsreise. Sie mußten plötzlich das Auto verlassen, da ihnen große Granitblöcke den Weg verperrten. Kaum waren sie jedoch dem Auto entstieg, als mehrere Bandiden sich ihnen in den Weg stellten und ihre Böden forderten. Nachdem die drei Beamten alle ihre Habseligkeiten ausgeliefert hatten,

durften sie ihren Weg fortsetzen. Bisher wurden zwar drei Verhaftungen vorgenommen, doch glaubt man nicht, daß sich unter diesen die eigentlichen Täter befinden.

**Holzschleber vor Gericht.** Das Karlsruher Schwurgericht hat nach vierstündiger Verhandlung das Urteil gegen die Dolazwieber Fries und Genossen gefällt. Die Angeklagten hatten Ausfuhrbewilligungen des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhr gefälscht und mit deren Hilfe etwa 50 000 Kubikmeter Holz im Werte von 3 850 000 holländischen Gulden nach Rotterdam verschoben. Ein Angeklagter wurde zu 2½ Jahren Gefängnis, fünf Angeklagte zu sechs Monaten bis einem Jahr Gefängnis verurteilt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Die Boger sollen vor den Richter. Reuter meldet aus Jersing-City, daß die Reformer Maßnahmen treffen, um Dampfen wegen seines Borkampfes mit Carpentier vor Gericht zu ziehen. Die Reformer wünschen nicht nur die beiden Boger anzuklagen, sondern auch die Veranstalter des Matches und den Gouverneur von New-York, weil er einem ungeschicklichen Schauspiel beigewohnt hat.

Der verwundene Oberbürgermeister. Der Herforder Magistrat hat zwei Vertreter nach Heidelberg geschickt, um nach dem verwundenen Oberbürgermeister Busse zu forschen. 10 000 M. sind für die Auffindung des Bürgermeisters ausgesetzt. Man vermutet, daß ein Verbrechen vorliegt.

**C**  
Spittelmart,  
Gde. Marktstr.  
Kleganderplatz,  
nahe Wäldingert

**S**  
Kollbauser Damm 10  
nahe Ehrenhaus Dombau

**W**  
Friedrichstr. 193a,  
Gde. Leipziger Str.  
Leipziger Str. 113,  
Gde. Wäldingert

**N**  
Schönhauser Allee 81  
am Hol. Torbogen

**Friedrichstr. 106,  
Gde. Wäldingert**

**Javalidenstr. 164,  
Gde. Wäldingert**

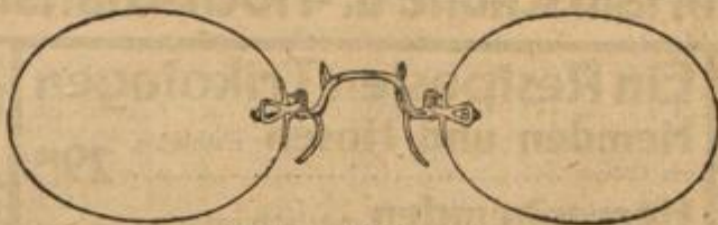
**Javalidenstr. 117,  
am Stadthaus**

**Chausseest. 72,  
nahe Wäldingert**

**Frankfurter Allee 14,  
nahe Tieg**

## Dieser Kneifer aus Gold-Double

Alle ärztl. Gläser-Verordnungen werden schnell und sorgfältig ausgeführt



nur Mark 10<sup>50</sup>  
mit Gläsern 18<sup>50</sup>  
mit Menisken 29.50  
dazu ein Jahr Garantie für die Fassung

Better empfehlen wir:

Die folgenden Preise verstehen sich ohne Gläser

### Kneifer ohne Randsfassung Gold-Double

ein Jahr Ruhe-Garantie . . . 10.50, 18.—  
zwei Jahre Ruhe-Garantie . . . 28.—, 38.—  
drei Jahre Ruhe-Garantie 43.—, 55.—, 66.—  
Auf alle 14 farbigen Goldfassungen vier Jahre Ruhe-Garantie

### Kneifer mit Randsfassung Gold-Double

ein Jahr Ruhe-Garantie . . . 18.—, 24.—, 28.—  
zwei Jahre Ruhe-Garantie . . . 30.—, 34.—, 38.—  
drei Jahre Ruhe-Garantie 44.—, 48.—, 52.—  
Garantie / Herbrillen von 35.— an, Röhrener Brillen, Silber, von 65.— an, Gold-Double von 72.— an.

### Brillen mit u. ohne Randsfassung Gold-Double

ein Jahr Ruhe-Garantie . . . 35.—, 38.—  
zwei Jahre Ruhe-Garantie . . . 45.—, 48.—  
drei Jahre Ruhe-Garantie 55.—, 65.—, 75.—  
Gläser werden extra berechnet, und zwar pro Paar: Kalkenower Schleifart 8.—, Punkt-Brillen 19.—, dieselben aus unserem guten Sans-Top-Glas 32.—.

Für die Reise und den Sport:

Prismen-Feldstecher „Televis“ eisenes, erk. 6x 850.— 8x 850.— 12x 1050.—  
taffes Fabrikat Vergrößerung

# Sind's die Augen, geh' zu Ruhnke!

30 Geschäfte in Groß-Berlin, Hamburg, Basel, Düsseldorf; Fabriken in Rathenow-Nahe Schöne und Potsdam.

**NW**  
Friedrichstraße 150  
Gde. Wäldingert

**SW**  
Belle-Alliance-Str. 4  
nahe Sandort

**SO**  
Oranienstraße 44,  
zwischen Haupt- und  
Dramenplatz

**Spandau:**  
Brette Straße 18,  
nahe Markt

**Charlottenburg:**  
Towentzstraße 15,  
Gde. Wäldingert

**Jochimsdaler Str. 2**  
nahe Wäldingert

**Neukölln:**  
Bergstraße 4,  
Gde. Wäldingert

**Friedenau:**  
Kleinstraße 18,  
Gde. Wäldingert

**Schöneberg:**  
Hauptstraße 21,  
Gde. Wäldingert

**Wilmersdorf:**  
Berliner Str. 132-33  
nahe Wäldingert

## Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin X N. 54, Linienstr. 83-85  
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr  
Telephon: Amt Rachen 185, 1230, 1987, 9714

Heute, Freitag, den 8. Juli, nachmittags 3½ Uhr, in den „Mufflerkellern“, Kaiser-Wilhelm-Straße 31:

### Branchen-Versammlung der Zigarettenmaschinenführer und Betriebshandwerker

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Ausperrung. 2. Resultat von der von der Behörde erzwungenen Verhandlung. Ohne Mitgliedschaft und Karte kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

## Unser Weg

Zeitschrift für kommunistische Politik  
Herausgeber Dr. Paul Levi

Aus dem Inhalt: Kurt Geyer, Zur inneren Politik Paul Levi, Die Aufgabe der Kommunisten / Bernhard Düweli, Der Wahn von der neuen Erwerbslosenaffäre Valeriu Marica, Die Konzeptionspolitik Sowjetrusslands Otto Kaus, Politik und Mystik

Zu beziehen durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und die Internationale Verlagsanstalt, G. m. b. H., Berlin SO 36, Eisenstr. 75 — Telefon: Moritzplatz 13315 Preis der Nr. M. 2.—, Vierteljahresabonnement M. 11.—

## Gold

Wegen dringenden Bedarfs zahlen wir für:  
5kr. per Gr. 13.50 M.  
14 „ „ „ 24.00 „  
18 „ „ „ 31.00 „  
22 „ „ „ 39.00 „

Platin . . . per Gramm 130.— M.  
Silber, per Gramm von 0.85 M. aufwärts  
Brillanten, Broschen, Ringe, Uhren, Ketten, alte  
Münzen und alte Zahnabgüsse.  
Schlage jeden Rekord.

C. Maulhardt & Co., Schwedter Str. 12 und Kochstr. 19 im Laden.

## Gastwirt

sucht flottgehendes Bierlokal im Osten Berlins oder Vorort zu kaufen.

Gefl. Anerbieten mit Preis unter „J. 24“ an die Expedition dieses Blattes erbeten.

## Bilanz am 31. Dezember 1920.

Rollen-Rente . . . . .	87.54
Waren-Rente . . . . .	27463.15
Paul-Rente . . . . .	1008.50
Wohnstätten-Rente . . . . .	—
Debitoren-Rente . . . . .	2550.—
Kautions-Rente . . . . .	30.—
Gewinn-Verl.-Rente . . . . .	150.—
<b>Zusammen</b> . . . . .	<b>31109.79</b>
Gen.-Kass.-Rente . . . . .	2000.—
Kaufmanns-Rente . . . . .	5700.—
Dispositiv-Rente . . . . .	5300.—
Parteien-Rente . . . . .	5598.98
Renten-Rente . . . . .	543.90
Stollen-Rente . . . . .	300.—
Rebitoren-Rente . . . . .	375.50
Gewinn-Saldo 1919 . . . . .	865.70
Gewinn 1920 . . . . .	8676.18
<b>Zusammen</b> . . . . .	<b>31109.79</b>

Die Mitgliedszahl beträgt am 1. Jan. 1920 17; eingetretene 0, ausgetretene 2. Mitgliedszahl am 31. Dezember 1920 15.

Die Kassenkasse beträgt am 1. Januar 1920 3000 M. Sie ermäßigt sich um 400 M. beträgt also am 31. Dezember 1920 2600 M.

Das Geschäftsbuch beträgt am 31. Dezember 1920 3000 M.

Produktiv- und Verkaufsgenossenschaft Berliner Bandagisten eingetragene Genossenschaft mit befristeter Haftung.

Der Vorstand Josef Meistner Otto Tornow Der Kassier Franz Jakoby. (1924)

## Mauserpistolen

mit Anschlagkolben Kal. 7,61, sowie andere Pistolen u. Jagdwaffen kauft Julius Heimer Markgrafstr. 31

## Möbel

ermäßigten Preisen auf bequemste Teilzahlung bei kleiner An- u. Abzahlung Bürg. Wohnungseinricht. Wohnzimm., Schlafzimm., Speisezimmer, Herrensimm. in großer Auswahl Einzelne Möbel Farbige Hüben Ferner: Teppiche, Gardinen und Dekorationsgegenstände. Beiser Lothringstr. 67.

## Schlager

guten Schuhcremes Fordern Sie Angebot! Märkische Wachsmodelle Becher & Roehalt Biesdorf bei Berlin

## Preuß. Staats-Lotterie

Prämien: 2x 750 000 4x 500 000 2x 250 000 4x 300 000  
Ziehung 1. Klasse 12. u. 13. Juli 1921  
Lospreise 1/4 20 1/2 40 3/4 80 Mark  
Postgebühr 60 Pf., amtliche Liste 1.—5. Klasse 5 Mark.  
Hahn Staats-Lotterie-Einnehmer Berlin S. 14 Prinzenstr. 79 an Moritzplatz  
Postcheck Berlin 31131

## Prof. Dr. Schrotzner

Spezial-Arzt Dr. Scotti, Rosenthalerstr. 69-70 für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, Syphilis, Salvarsan-Kuren, Blutunter., Damen separat. 10.—1. 5.—7.

## 70 Jahren

ist San.-Rat Dr. Strahls Haussalbe b. Hautausschlag, Flechten, Bala- u. Krampfaderngeschwüren, Frostschäden, Hämorrhoiden ein bewährtes und schnellheilendes Mittel. Org.-Dose 6.25 u. 12.00 M. Elektro-Apotheke, Berlin SW. 211 Leipziger Str. 74 Donoifol.

## RUSSISCHE KORRESPONDENZ

Nr. 6.  
INHALT: E. Probrashchenski: Ein neuer Zeitabschnitt / G. Setze über Naturalsteuer. / N. Lenin: Zur Frage der Naturalsteuer. / J. Larin: Zurückbiegung oder Ausrichtung der Front (Über den neuen Wirtschaftskurs). / W. P. Miljutin: Die gegenwärtigen Fragen der russischen Volkswirtschaft. / L. Chinschuk: Die neuen Aufgaben der Genossenschaften. / A. Swideraki: Die praktische Durchführung der Naturalsteuer. / Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik Sowjet-Russlands (Resolution, angenommen von der Allrussischen Konferenz der Kommunistischen Partei Russlands. Moskau, Mai 1921). / W. P. Miljutin: Die Wirtschaftspolitik des Obersten Volkswirtschaftsrates. / A. Rykow: Die Lage der russischen Volkswirtschaft. / A. Kaktin: Vom alten Obersten Volkswirtschaftsrat zum neuen Volkswirtschaftsrat. / A. Kaktin: Naturalsteuer und Kleinindustrie. / N. Lenin: Instruktion des Arbeits- und Verteidigungsrats an die lokalen Sowjeteinrichtungen (Entwurf). / J. Larin, A. Holzmann, N. Alismont: Austauschfonds und Arbeitslohn. / E. Varga: Die Organisation der bäuerlichen Landwirtschaft. / E. Probrashchenski: Papiergeld und Zwangswirtschaft. / Lashawa: Die Einfuhr und Ausfuhr Sowjet-Russlands. / M. Ploinkowski: Das Problem der Arbeitsorganisation in der Produktion. Über die Naturalgrößen (Bericht an den Rat der Volkskommissare). / N. Ossinski: Die Ergebnisse einer Studienreise. / Von der Tätigkeit des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees. / J. Brandenburgsky: Die Kommunisten und die Genossenschaften. / N. Ossinski: Die „jute“ und die „neue“ Politik der russischen Kommunisten. / Der IV. Allrussische Kongress der Genossenschaftverbände. / A. Bubnow: Die Hauptmomente in der Entwicklung der kommunistischen Partei Russlands. / M. Tschetschewsky: Die Rote Armee und die Milit. / A. Winokurov: Die soziale Fürsorge in Sowjet-Russland. / Mich. Pawlowitsch: Die ökonomische Entwicklung und die Agrarfrage in Persien im XX. Jahrhundert. / W. Kerschewitz: Die Erfolge des neuen Theaters. / G. Kreshchanowski: Gründung eines wärmetechnischen und elektrotechnischen Instituts für wissenschaftliche Forschung. / F. Senjuschkin: Bericht über die Arbeit des Allrussischen Bureaus der Produktionspropaganda. / N. Ossinski: Die Aussichten der kommenden Ernte. / A. Jamschanow: Der Zustand des Transportes in Sowjet-Russland.  
Preis 6 M.  
Zu beziehen durch  
Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig, Kreuzstraße 3b. Berlin, Blücherplatz 2 Preis 6 M.



Herren u. Damen erhalten in diskreter Weise BEKLEIDUNG auf Kredit! Zu bedeutend herabgesetzten Preisen Paletots Ulster Moderne Jacken- und Koch-Anzüge Kraut für Nak Damen-Konfektion In 4 Etagen Möbel-Einrichtungen. A. Damitt Rosenthalerstr. 46-47

## Möbelfabrik Rob. Seelisch BERLIN O 112

Rigaer Straße 71-73 a  
2 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee entfernt  
Schlafzimmer kompl. { 4900, 5400, 5600  
Speisezimmer { 6000, 6400, 7200  
Herrenzimmer { 4900, 5600, 5900  
Küchen { 6800, 7200, 8600, 9300  
von 4500—14 500  
farbig und naturfarbig, in allen Preislagen

## BETTEN

Neu aufgenommen:  
1 Oberbett 1 Oberbett 725 1 Oberbett 1010  
1 Unterbett 1 Unterbett  
2 Kissen 2 Kissen

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern

## Eile tut not! Erhöhte Preise!

zähle ich auch weiterhin; der selten günstige Kurzustand sichert dem Publikum bei mir ein unvergleichbares Preisangebot für

## Platin-, Gold und Silbersachen

alte Münzen, Münzen-Sammlungen, Uhren, Ketten, Ringe, einz. Zähne, Zahnabgüsse

Der starke Zuspruch ist und war meine beste Empfehlung! Brillanten (auch größere Objekte) Kostenlose, ehrliche Abschätzung und Ankauf zu einzig stehenden, konkurrenzlosen Preisen

Führende Firma am Platze H. Wiese, Artilleriestr. 30 5 Min. v. Bf. Friedrichstr. — Tel. Norden 3030 — Den Weg zu mir hat noch niemand bereut

## Alles in den Schatten stellend

Leihhaus Brunnenstraße 5 sind unsere jetzigen Preise Einmaliges Angebot! Letzte Tage! Herren-Anzüge, teils aus Seide, Wert bis 800 M., jetzt 300, 350, 400 M. Ferner: Kreuzfische, Sealmäntel usw. 50% herabgesetzt. — Keine Lombardware.

# HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse • Alexanderplatz  
Frankfurter Allee

# SAISON-AUSVERKAUF

**Schlussverkauf** *Aber nur noch heute und morgen*  
Freitag und Sonnabend

Enorm billig Ein Posten Damen-Halbschuhe u. -Hochschäftstiefel mit kleinen Schönheitsfehlern **138<sup>00</sup>** Enorm billig

Ein Posten Bijouterien darunter Broschen, Kollers, Rodnadeln usw. <b>95 Pl. 1<sup>90</sup> 2<sup>90</sup> 3<sup>90</sup></b>	Ein Restposten Trikotagen Hemden und Hosen makofarbig, alle Grössen ..... <b>29<sup>50</sup></b>	Ein Restposten Damenstrümpfe u. Herrensokken schwarz und farbig, Serie I <b>7<sup>50</sup></b> Serie II <b>12<sup>50</sup></b>
Ein Restposten Damenhandschuhe mit 2 Druckknöpfen <b>5<sup>50</sup></b>	Herrenhemden makofarbig und weiss, mit farbigen Einsätzen, alle Grössen..... <b>34<sup>00</sup></b>	Ein Posten Regenschirme für Damen und Herren, haltbare Qualität, mit Futural .. <b>49<sup>75</sup></b>

<b>Vorgezeichn. Handarbeiten</b> zu sensationell billigen Preisen 3000 Quadrate ..... Stück <b>15 Pl.</b> 1500 Kissencken ..... Stück <b>25 Pl.</b> Batistschürzen ..... Stück <b>1<sup>75</sup></b>	<b>Graue Kissenplatten</b> ..... Stück <b>8<sup>50</sup></b> <b>Garnierte Kaffeewärmer</b> St. <b>8<sup>50</sup></b> <b>Weissgestickte Kissencken</b> <b>2<sup>50</sup></b>	<b>Grosse Restposten Herrenartikel</b> Sporthemden farbig, Panamagewebe, mit Klappmanschetten ..... <b>49<sup>50</sup></b> Herrenhüte Haarfilz, weich, moderne Formen und Farben ..... <b>49<sup>50</sup></b> Herren-Strohhüte ..... <b>22<sup>50</sup> 34<sup>00</sup></b>
Wischtücher gesäumt und gebündelt ..... Stück <b>3<sup>95</sup></b> Servietten geblickt, Größe 60x60 ..... Stück <b>6<sup>75</sup></b>	Kopfkissen aus Linon, Größe 80x80 ..... Stück <b>18<sup>50</sup></b> Deckbettbezüge Größe 120x200 ..... Stück <b>69<sup>50</sup></b>	Bettlaken Daunen, 160x225, ohne Nald ..... Stück <b>59<sup>50</sup></b> Taschentücher für Damen, mit Zierritzen <b>3<sup>75</sup></b> für Herren mit Rippen <b>4<sup>75</sup></b>

<b>Batist</b> farbig bestickt ..... Meter <b>9<sup>75</sup></b>	<b>Zephir</b> in vielen modernen Streifen ..... Meter <b>9<sup>75</sup></b>	<b>Seidenfrotté</b> in vielen Farben ..... Meter <b>19<sup>50</sup></b>	<b>Kostümfstoffe</b> 130 cm breit ..... Meter <b>29<sup>50</sup></b>	<b>Kleidertaffet</b> korier u. gestr., doppelbr., Mir. <b>59<sup>50</sup></b>
---	---	---	--	---

## Theater, Lichtspiele etc.

**Staatsoper**  
Sommergastspiel  
Leitung Gustav Bergmann  
**Die Strohvitwe**  
7 1/2 Uhr

**Deutsches Theater**  
7 1/2 Uhr: Potasch u. Perlmutter  
So. 7 1/2: Potasch u. Perlmutter

**Kammerspiele**  
8 Uhr: Frühlings Erwachen  
So. 7 1/2 Uhr: Der Herr, der die Mäuschellen kriegt

**Gr. Schauspielhaus**  
(Karlstraße)  
8: Die Weber (A. u. H. Abonn.)  
So 8: Die Weber (A. u. H. Abonn.)

**Central-Theater**  
8 Uhr: **Jionka**

**Deutsches Opernhaus**  
7 Uhr: **Troubadour**  
Friedr. Wilhelmstr. Th.  
7 1/2 Uhr: Die Kleine aus der Hölle  
Kl. Schauspielhaus

**Reigen**  
7 1/2 Uhr: Kleines Theater  
7 1/2: Limburg u. Schönemann  
In: Nur ein Traum

**Metropol-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Die blaue Mazur**  
Neues Operettentheater

**American-Girl**  
7 1/2 Uhr: **Residenz-Theater**  
7 1/2 Uhr: Max Adalbert in 1919 (Ab dafür!)

**Schiller-Theat. Charl.**  
Operetten - Spielzeit  
7 1/2 Uhr: **Meine Frau - das Fräulein**  
Schlosspark Theat.  
Steglitz, Schlossstraße 48  
7 1/2 Uhr: **Raub der Sabinerinnen**

**Thalia-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Mascottchen**  
Th. am Nollendorfsplatz  
7 1/2 Uhr: **Der Vetter aus Dingsda**  
Theater des Westens  
7 1/2 Uhr: **Morgen wieder lustig!**  
Th. i. d. Kommandantenstr.

**Die goldene Freiheit**  
7 1/2 Uhr: **Trilanon-Theater**  
7 1/2 Uhr: Ida Wüst in Lady Windermeres Fächer

**Wallner-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Cavalleria rusticana**  
Bajazzo

**Walhalla-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Scheidungsreise**

**7 1/2 Uhr täglich 7 1/2 Uhr**  
Varieté-Spielplan  
Eintrittspreise  
Mork 3, 4, 5, 7 usw.  
Vorverkauf 11-11 Uhr

**Volksbühne**  
Theater am Bülowplatz  
7 1/2 Uhr: **Der Kaiserjäger**

**Lessing-Theater**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Die Ballerina des Königs**  
(Konstantin, Götz)

**Deutsches Künstler-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Geständnis**  
Ralph, Otto, Stifter

**Berliner Theater**  
Allabendlich 7.30 Uhr:  
**DAS MILLIARDEN SOUPER**

**Theater i. d. Königgrätzer Str.**  
7.30 Uhr: Frau Sultner  
Sonnabend: Pöha

**Komödienhaus**  
7.30 Uhr: **Der blonde Engel**

**Komische Oper**  
Opernspielzeit  
Täglich 7 1/2 Uhr  
**Alt-Heidelberg**  
Oper von Pacchierotti  
Stg. 3 1/2: Der Barbier v. Sevilla

**Folles Caprice**  
Linienstr. 132 am Oranienb. T.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Prinzessin vom Nil**  
Operette in 3 Akten  
Musik von Victor Holländer  
mit Franz Blenke, Max Walden, Käthe Jungherr usw.

**Rose-Theater**  
Freitag, 8. Juli: Geschlossen  
Morgen:  
**Der arme Millionär**

**Admirals-Palast**  
7 1/2 Uhr: **Abraham**

**Th. a. Kottbuser Tor**  
Tel. Moritzpl. 15077  
Tägl. 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
- 10 Herren -  
Witz! Komik!  
Urkom. Typen!  
Größt. Lacherfolg!  
Vorv. 11-14, 4-6 U.

**Berliner Prater**  
Kantianen-Allee 7-9  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
: Varieté :  
Wenn Engel streiken!  
Operette in 3 Akten

**WINTERGARTEN**  
Varieté-Spielplan  
Rauchen gestattet!

**METROPOL**  
Varieté-Kabarett  
7 1/2 Uhr  
Schrenkstraße 84  
7 1/2 Uhr:  
Persönliches Auftreten  
Johannes Riemann u.  
Dora Schlüter in  
„Cocain“ (Sektikübel)  
u. 9 weitere Attraktionen

**APOLLO**  
THEATER  
7 1/2 Uhr  
Die große  
Ausstattungs-Schau  
**Tip Tip Hurrah!**  
Ueber 150 Mitwirk.  
mit dem bekannten  
Wilhelm Hartstein  
Albert Paulig  
Helma Sarnow  
Erna Alberti  
Else Schlotzka  
Orig.-Pferdereinen

**Reichshall.-Theater**  
Stettiner Sänger  
Anfang 7 1/2 Uhr  
**Dönhoff-Brett**  
: Varieté :  
: Saal u. Garten

**BTD**  
Potsdamer Str. 35  
**Lotte Neumann**  
in: **Das Gelübde**  
Turmstr. 12  
**Jagd auf Schurken**  
I. Teil  
Das Achtgrochenmüdel  
Alexanderpl.-Pass.  
Der Schwur  
des Peter Hergatz  
Priedenau, Rheinstr. 14  
Die Bergkatze

**Parzellen**  
günstige Lage, verstaatlicht billige  
Sonderzinsm. Wertes, Bahn-  
hof Strausberg, Kontantintr. 7

Soeben erschien:  
**Stinnes**  
von  
Dr. Hermann Brinckmeyer  
Die erste Gesamtdarstellung von Leben und  
Werk des umstrittensten Deutschen  
geb. 14.- broch. 10.-  
**Wieland-Verlag, München,**  
Leopoldstraße 3 377D

**Letzte Aufforderung!**  
Dienstag und Mittwoch  
(12. und 13. Juli)  
Beginn der 1. Klasse  
der neuen verbesserten  
**Preuß. Staats-Lotterie**  
550 Tausend Stammlose  
**275 Tausend Gewinne**  
(zu 172 Millionen)  
50 Tausend Ersatzlose  
Noch zu haben:  
1/8 10 Mk. 20 Mk. 40 Mk. 80 Mk.  
Porto und Liste 1,20 Mark  
**HAASE** 173/16  
Berlin, Oranienburger Straße 51 Eckhaus  
Friedrichstr.  
Mittelsperson für den staatl. Lotterievernehmer  
Bundeimann z. Telegr.-Adresse; Blitzkurs-Berlin

**Kindermilch**  
I. feinsten Pulverform. Reine Schlesw.-Holst. Vollmilch,  
vollkommen löslich. Empfohlen von allerersten Autori-  
täten der Kinderheilkunde. - Versand  
**Vereinigte Milchgesellschaften m. b. H.**  
Berlin W., Mauerstr. 77. (Zentrum 10928, 10929.)

**Preuß. Staats-Lotterie**  
Ziehung 1. Klasse am 12. und 13. Juli 1921  
Orig.-Los 1/8 Los = 10 M. 1/4 Los = 20 M. Porto  
z. amtlich. 1/2 Los = 40 M. 1/1 Los = 80 M. M. 1, 1, 0  
Preis v. 1/8 Los = 40 M. 1/4 Los = 80 M. M. 1, 1, 0  
**LEIPZIGER**, Staatl. Lotterie-  
Einnehmer  
Berlin NW 87, Gotzkowskystraße 37  
Fernsprecher: Moabit 7339  
Postcheck-Konto Berlin 31 155

**Trauring-fabrik**  
Aufaten 900 gef. St. v. 120.- an  
34 tet. 585 - - - n. 65.- an  
8 883 - - - n. 80.- an  
Volle Garantie für Feingehalt  
in jeder Größe am Lager.  
**BOCK, Berlin O**  
Andreasstr. 44, vis-à-vis Jandorf  
Fernsprecher Wip. 2963.

**Jagdgewehre,**  
**Automatische Pistolen**  
u. m. Kauf, Verkauf, Umtausch  
**Gewehr-Fabrik**  
**Gustav Rätzel, Berlin**  
Markgrafenstr. 50.

**Restaurant**  
gute Existenz, veränderungshalber  
zu verkaufen. Brauereihilfe.  
Käufer wollen sich melden unter  
„K. 24“ an die Expedition dieses Blattes.

**Brillanten, Juwelen**  
kauft auch ganze Nachlässe  
besonders große Posten  
gute Ware, zum höchsten Kurs  
**Amsterdamer Diamantenschleifer**  
Gegr. 1892. 160 Friedrichstr. 160

**KLEINE ANZEIGEN**  
Jedes Wort 1 M. Das fettgedruckte Wort  
1,50 M. (zuzüglich zwei  
fettgedruckte Worte). Stellensuche u. Schlus-  
stellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt)  
1 M., jedes weitere Wort 60 Pl. Worte mit  
mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte

Anzeigen die für die nächste Nummer  
bestimmt sind, müssen bis um  
5 Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des  
Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße Nr. 2,  
abgegeben werden. Dieselbe ist von morgens  
9 bis abends 5 Uhr ununterbrochen geöffnet

**Verkäufe**  
Gummimäntel, Herren-  
anzüge 120.-, Herrenhosen,  
Schulmütze 25.-, Arz-  
schuhe, Reifensattel 85.-,  
Wäsche, Gardinen, Gold-  
waren (spottbillig), Qualitäts-  
ware, feine Combarware,  
Reichhaus Porzellaner Str. 47  
(Holteide). 188a

Ranzenanzüge, Valetet,  
Hosen, Hausschuh, billige  
Perle. Boh. Gummim-  
strafe 25/20, früher Melod-  
strafe. 61/2

Hefen kaufen Sie am besten  
und billigsten in der Hofen-  
Zentrale, Fellenstr. 22  
(Schrag gegenüber der Wacht-  
höhle), wo man Lager in ge-  
richtigen, leuchtenden und Sperr-  
holzen, Knochener, Engl.  
Kocherhöfen, Knochenerhöfen  
und Hefen zu den billigsten  
Preisen. Answahl in allen  
Bauweisen. Fahrtvergütung.

Worum 1000 Mark für  
einen Anzug! Sie kaufen  
Festanzüge, Jünglingsan-  
züge, die modernsten Farben,  
aus Neu, ferner große Aus-  
wahl in Outwans, Webst-  
anzügen, Covercoats, W-  
cengopellets, Gummimän-  
tel, alles auf das modernste,  
ebenbürtig jeder Maßarbeit,  
spottbillig bei Burger, Rei-  
chenbergerstraße 159, dort II,  
Fahrverbindung Ostbahnhof,  
links um die Ecke. 3595b\*

**Möbel**  
Möbel in Stoffauswahl  
Raumend billig, Aufeinzel-  
lungen 400.-, Sofas 650.-,  
Gosaubauer, Möbelhaus Ra-  
merling, Rationallaltes 56  
(Offe Weinbergweg). 36/4b

Umbaukosten 25 bis 150,-,  
Chaiselangen 200 bis 575,-,  
Kuffelgemaken, Patent-  
matrasen 110.-, Walter,  
Stargarderstraße 107/108a.

Chaiselangen 100.-, Chaisel-  
langens 75.-, Metallbet-  
ten 150.-, Kinderhochbett,  
Weide, Auguststr. 32a, Doro-  
gebäude. 103/2

**Gerichtssachver**  
möglichst mit Beweismittel im  
Kommunalbereich, sofort gesucht,  
Befolgung nach Ordnung 10  
oder 11, je nach Alter und Er-  
fahrung. Bewerbungen bis  
25. Juli an 122/2  
Magistrat Adolfsberg Pl.

**Tüchtige, selbständige  
Bohrwerksdreher**  
für Präzisionsarbeiten mit  
Erfahrung im Bohren und  
Vorbereitung von Metall  
gerüst. Schriftl. Angebote  
erbeten an  
**F. A. Schen G. m. b. H.**  
Berlin NW 87  
Neuen Hfer 20-25.

**Maschinenfloher,**  
der längere Zeit in deutschen  
Fabriken gearbeitet hat und  
mit Elektromotoren Betrieb  
weiß, gesucht. 3700  
Chemische Fabrik Oberhain-  
weide G. m. b. H.,  
Berlin-Oberhainweide,  
Wilmersdorferstraße 90.

**Ginrichterrinnen**  
gebildet, auf Damenwäsche suchen  
**Michalski & Lazarus**  
Berlin SO 16, Rungelstr. 32/27.

**Zuschneiderin**  
tüchtige Kraft, suchen für unsere  
Damenwäschefabrik  
**Michalski & Lazarus**  
Berlin SO 16, Rungelstr. 32/27

Bezirksverband für das östliche Weistal und die  
Uppischen Freizeitaner des Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands.  
Für den Bezirksverband des östlichen Weistalens und des  
Uppischen Freizeitaner wird zum baldigen Eintritt ein  
**Bezirkssekretär**  
gesucht. Bewerber müssen mindestens 4 Jahre der Sozial-  
demokratischen Partei angehören. Nebenamtlich und schriftliche  
Befähigung ist Voraussetzung. Vor allem ist es notwendig,  
eine selbständige und ständige Teilnahme der politischen und  
wirtschaftlichen Verhältnisse zu besitzen. Anstellung nach den  
Bedingungen des Bezirks Arbeiterpresse.  
Bewerbungen unter Beifügung von Zeugnissen und Mit-  
teilung über die bisherige Tätigkeit sind bis 31. Juli zu richten  
an die Adresse:  
**G. Schred, Diefeld, Breitenstraße 20. 120/10**

**Kleide Dich billig, elegant!**  
im Leihhaus Moritzplatz 58a

**Jackett-Anzüge, Cutaways, Wister**  
tells auf Seide, jetzt 400-500 M.  
Gummimäntel 300 M. Ferner Damen-  
Kostüme, -Mäntel, enorm billig!  
Nach beendeter Saison 30% herab-  
gesetzt: Kreuzfische, Zobel, Blau-  
Weiß, Silberfische, Keine Lombard.

**Inserate**  
im Vorwärts  
bringen Erfolg!

## Aus einer bayerischen Festung.

Von besonderer Seite geht uns ein ausführlicher Bericht über Zustände in dem bayerischen Festungsgefängnis Niederschönenfeld zu, die dringend der Aufklärung bedürfen. Wir übergeben die Mitteilungen der Öffentlichkeit in der Hoffnung, daß die Vorfälle sofort genau untersucht werden und daß über sie baldigst ein ausführlicher Bericht erteilt wird.

Am 4. Januar drang eine Abteilung von 2 Offizieren und über 40 schwerbewaffneten Sipolenten unter Anführung des Augsburger Oberstaatsanwalts Menzel in die Festung und zwang die Festungsgefangenen, teilsweise unter Anwendung von Gewalt, zum Ablegen der kommunistischen Sowjetabzeichen; hierbei erfolgten Kommandos wie: „Schußfeld frei!“ und „Entsichern!“. In den Abendstunden desselben Tages wurde eine Verfügung des Festungsvorstandes bekanntgegeben, daß unachtsamlich bei jeder Widerständigkeit von der Waffe Gebrauch gemacht würde.

Eine besondere Rolle spielte ein Bademeister der Festung, der sich rühmte, er werde „eigenhändig sieben Spartakisten wie tolle Hunde mit dem Spaten erschlagen, wenn es losginge“. Obwohl diese Äußerung vor Gericht erwiesen wurde, unternahm der Vorstand nichts gegen diese bayerischen Kulturträger. Der „Volkswille“ in Augsburg, der diese Vorfälle mitteilte, wurde beschlagnahmt.

Im Februar wurde Amtsrichter Dr. Bollmann Festungsvorstand; durch ihn wurden neue Repressalien gegen die Gefangenen eingeführt. Bei den geringsten Anlässen wurde Bett-, Kost-, Hofentzug und Dunkelarrest verhängt. In Anerkennung seiner „Verdienste“ wurde B. nach München versetzt; und der Augsburger Erste Staatsanwalt Dr. Krauß übernahm nunmehr die Leitung. Jetzt hagelte es Disziplinarstrafen gegen die Gefangenen, und um diesen unerträglichen Zuständen ein Ende zu bereiten, forderten die Gefangenen durch drei Parlamentäre am 2. Juni die Wiederherstellung der gefehmähigen Festungshaft. Die drei Gefangenen wurden sofort in Einzelhaft genommen. Am nächsten Tage erging es dreizehn weiteren Gefangenen ebenso. Am 6. Juni wurde von dem Oberwerfacher Feisch auf einen Festungsgefangenen, der in das Rapportzimmer heruntergeführt worden war, der Revolver angelegt.

Aus naheliegenden Gründen verzichten wir, sämtliche uns mitgeteilten Einzelheiten, insbesondere Schikanen gegen einzelne Gefangene, mitzuteilen, da diese sonst infolge des auf sie gelenkten Verdachtes, uns die Informationen überhandt zu haben, keine Stunde mehr ihres Lebens sicher sein könnten. Wir erklärten uns jedoch bereit, die Reichsjustizbehörden bei der Aufklärung der Angelegenheit durch Ueberweisung weiterer Materials zu unterstützen und sprechen die dringende Erwartung aus, daß schon vor einer völligen Aufhebung des gesamten Totbestandes die Wiederherstellung der gefehmähigen Zustände in Niederschönenfeld gewährleistet wird.

## Kongress der Dritten Internationale.

Terzioli, 7. Juli. (OE.) Nach Privatmeldungen, die dem Korrespondenten des Ost-Express aus Moskau zugehen, verläuft der Kongress der 3. Internationale merkwaardig farblos. In der Opposition, die sich gebildet hat, fehlen hervorragende Wortführer. Nach einem Ausspruch Rabets laufen die Debatten, die eigentlich eine Erörterung der Kardinalfragen bringen sollten, auf ein „Wiederläuten“ der Zwischkeiten in den kommunistischen Parteien Deutschlands und Italiens hinaus. Die Namen Bessi und Serrati werden fast von jedem Redner erwähnt. Klara Zettin verdrängt ihren Austritt aus der Zentrale der KPD, zu rechtfertigen und eine Mittellinie zu finden. Die erhobene Angriffsstimme, die auf dem 2. Kongress herrschte, ist jetzt der Ausfechtung von Detailstreitigkeiten gewichen. Die Delegierten haben die Empfindung, daß die 21 Bedingungen hervorragende Kräfte der Arbeiterbewegung ausgeschaltet und die Bildung von Massenparteien verhindert haben. Die Moskowiter fahren fort, auf ihrem alten Standpunkt zu beharren. Die ausländischen Kommunisten können sich bisher nicht entschließen, mit klar formulierten Ansichten hervorzutreten. Die Politik der revolutionären Aktionen hat im Ausland in praktischer Niederlage erlitten; dennoch bestehen die Moskowiter auf der Forderung, die gegenwärtige Weltkrise in revolutionärem Sinne auszunutzen. Die Ausländer bilden in diesem Punkt eine Opposition, die sich jedoch zurückhaltend äußert.

## Die Erklärungen des Prinzen Windisch-Grätz

Budapest, 7. Juli (U.) In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung erklärte Prinz Windisch-Grätz, daß er von der durch Michael Karolig ins Leben gerufenen revolutionären Bewegung im Jahre 1918 Kenntnis erhalten habe, als er in seiner Eigenschaft als Ernährungsminister in Berlin weilte, wo man ihn darauf aufmerksam machte, daß der deutsche Generalstab diese von der Unabhängigkeitspartei ausgehende Bewegung verfolgte und daß die französischen und italienischen Verbindungen Karoligs wohl bekannt seien. Der damalige Kaiser Wilhelm habe ihn ermächtigt, dem König Karl darüber zu berichten, daß der deutsche Generalstab allen Fäden der revolutionären Bewegung auf die Spur gekommen sei. Wilhelm habe erklärt, unter derartigen Umständen sei die Weiterführung des Krieges unmöglich, weil einerseits die technischen Truppen des Krieges Verrat übten und andererseits wegen der revolutionären Bewegung der Karolig-Partei früher oder später der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie erfolgen müsse. Die französische Regierung habe Karolig als Spion benutzt, um die Widerstandsfähigkeit der Zentralmächte zu schwächen, habe jedoch niemals daran gedacht, daß sie Karolig und seinen Leuten als Regierung gegenüberstehe werde.

Lager Sielow. Wie der „Dena“ von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, befinden sich im Internierungslager Sielow bei Cottbus nur noch 40 bis 50 Oberschlesier, und auch diese werden dort lediglich aus dem Grunde festgehalten, weil sie die Befürchtung hegen, bei ihrer Rückkehr nach Oberschlesien in Korsantus Insurgentenarmee eingereicht zu werden. Da inzwischen durch die — wenigstens äußerlich vorgenommene — Auflösung der Insurgentengruppen diese Befürchtung einigermaßen gegenstandslos geworden ist, sollen diese Oberschlesier demnächst in ihre Heimat entlassen werden. Es trifft weiter zu, daß im Lager Sielow noch eine Reihe Kongresspolen festgehalten wird. Es handelt sich bei diesen Leuten zumeist um Deserteur der polnischen Armee, die auch ihrerseits aus begrifflichen Gründen nicht den Wunsch hegen, nach Polen zurückzukehren. Ueber den Verbleib dieser Leute wird ebenfalls in allernächster Zeit eine Entscheidung herbeigeführt werden.

Graf von Hilger, der Bevollmächtigte der deutschen Regierung und Leiter der deutschen Fürsorgestelle, ist aus Moskau in Berlin eingetroffen.

Dr. Chang Jün Kai, der bisherige inoffizielle Vertreter der chinesischen Regierung in Berlin, ist zum Geschäftsträger ernannt worden. Gleichzeitig hat die deutsche Regierung ihren bisherigen inoffiziellen Vertreter in Peking, Gesandtschaftsrat Dr. v. Borck, zum Geschäftsträger bestellt.

Die bulgarische Regierung hat um einen dreijährigen Aufschub ihrer Reparationszahlungen ersucht.

# Schluß im Reichstag.

In der Fortsetzung der gestrigen Reichstagsitzung folgte die zweite Beratung des Verdrängungsschädengesetzes. Verbunden damit wird das Kolonialschädengesetz, das Auslandschädengesetz und die Entschädigungsordnung. Der Ausschuss fordert mögliche Beschleunigung bei der Festsetzung von Entschädigungen und Vergütungen. Zu diesem Zweck soll das Reichswirtschaftsgericht erweitert werden. Dem Reichstag soll ein Plan vorgelegt werden, wie die Reichsregierung eine bessere Sicherung des Rechtsschutzes auf wirtschaftlichem Gebiet gewährleisten will.

Eine Entschließung der bürgerlichen Parteien ersucht die Regierung um geeignete Vorschläge über den Ersatz der im Kriege an Ladungen der Seeschiffahrt entstandenen Schäden, die im Auslandschädengesetz ihre Regelung nicht gefunden haben. — Eine weitere Entschließung verlangt eine vorläufige Entschädigung aus Reichsmitteln für Reichsangehörige und deutsche Gesellschaften, deren Eigentum während der Fahrt durch den polnischen Korridor von polnischen Behörden widerrechtlich beschlagnahmt worden ist, die aber trotz der Vorstellungen der deutschen Regierung Ersatz von der polnischen Regierung nicht erlangen konnten und dadurch in wirtschaftliche Schwierigkeiten gekommen sind.

## Abg. Riedmüller (Soz.)

gibt im Namen aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten eine Erklärung ab:

Der Ausschuss hat seinen Beschlüssen zwei leitende Gedanken zugrunde gelegt. Der erste ist der des Wiederaufbaues, der verlangt, daß die Geschädigten wieder wirtschaftlich wertvolle Mitglieder der deutschen Volksgemeinschaft werden. Der zweite Gedanke ist der soziale, der den wirtschaftlich schwächeren Gesellschaften, die sich aus eigener Kraft nicht wieder aufrichten können, besondere Berücksichtigung zuteil werden läßt.

Abg. Schwarz (U. Soz.): Wenn von diesen Mitteln Hunderttausende in die Taschen eines einzelnen fließen sollten, dann müssen wir die Vorträge ablehnen.

Abg. Fries (Komm.): Trotz einzelner Mängel werden wir das Verdrängungsschädengesetz annehmen. Sonst aber müssen wir uns dem unabhängigen Redner anschließen.

Das Verdrängungsschädengesetz wird darauf unter Ablehnung eines unabhängigen Antrages in dritter Lesung einstimmig angenommen, die anderen Gesetze werden gegen Unabhängige und Kommunisten angenommen, ebenso die Entschädigungen.

Die zurückgestellten Abstimmungen zur Wochenhilfevorlage ergeben die Ablehnung der unabhängigen Anträge, die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Der Gesetzentwurf über das Reichswirtschaftsgericht geht an den Reichstag.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Erwerbslosenfürsorge.

Der Ausschuss fordert eine planmäßige Umschichtung der Bevölkerung, Förderung des Baugewerbes in Stadt und Land, des Baues von Kanälen, Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in weitestem Umfange, Heranziehung weiblicher Arbeitsloser zur Hausangestelltenarbeit. Die Zahl der ausländischen Arbeiter soll möglichst vermindert werden. Angestrebt werden soll eine allgemeine Erhöhung der Produktivität.

Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt, daß den arbeitslos gewordenen Arbeitern und Angestellten der verlorengegangene Arbeitslohn von den Industriekartellen ersetzt wird, die durch Verhängung der Materialsperrung die Stilllegung von Fabriken und Werkschloten herbeiführen. — Ein Antrag der linken Reichsparteien verlangt, daß die Vergebungsstellen bei allen Arbeitsaufträgen der öffentlichen Verwaltungen gehalten werden, auf Preise zu halten, die den Marktverhältnissen entsprechen.

Abg. Brandes (U. Soz.) berichtet über die Ausschussverhandlungen.

Abg. Plettner (Komm.) lehnt die Vorschläge des Ausschusses ab.

Abg. Dismann (U. Soz.): Den deutschen Werkern und den dort Beschäftigten droht eine furchtbare Katastrophe. Rund 30 000 Werkarbeiter drohen das Massensterben der Arbeitslosen zu vergrößern. Die Regierung muß alles tun, um dies zu verhindern. Die Werkarbeiter verlangen, daß die Zeitdauer des Bauprogramms verkürzt wird, damit nicht in einer Zeit wirtschaftlicher Depression Tausende von Arbeitern aufs Pflaster fliegen. Die Schichauwerk hat wegen einer Demonstration von 10 Minuten 6000—7000 Arbeiter sieben Wochen lang ausgesperrt, und keine Vermittlung, auch nicht die des Arbeitsministeriums wurde angenommen. Dem Schiedsgericht fügt sich die Werk nicht. Herr Plettner scheint seine Rede deshalb gehalten zu haben, damit für die Arbeitslosen ja nicht

etwa von uns etwas durchgeföhrt wird. Mögen Sie (z. d. Komm.) Ihr trauriges Spiel hier und woanders fortsetzen — uns trifft es nicht, aber

es tut uns leid um jeden Groschen,

der den Arbeitslosen entgeht. (Lachen b. d. Komm.) Sie lachen über die Not der Arbeitslosen, um darin ihr Parteiluppend zu lachen. (Zustimmung.) Im Ausschuss hat sich kein kommunistischer Vertreter sehen lassen. (Hört! Hört!) Und unsere Anträge wurden abgelehnt, weil die Stimme des Kommunisten fehlte. (Lebhaftes Hört! Hört!) Es ist lächerlich zu leugnen, daß die Gewerkschaftsvertreter überall, wo es möglich ist, für die Forderungen der Arbeitslosen eintreten. Wenn wir die 8 Millionen Gewerkschaftsarbeiter mobilisieren, so geschieht es gegen ihren natürlichen Feind, aber nicht zum Sturz gegen Gewerkschaftshäuser und als Knüppelgarde gegen ergraute Arbeiterführer.

## Reichsarbeitsminister Brauns:

Die Regierung bedauert, daß von der Schichauwerk der Schiedspruch nicht angenommen worden ist. Die Arbeitnehmer haben die Verbindlichkeitsklärung beantragt. Ehe wir sie beschließen, werden wir nochmals mit den Parteien Fühlung nehmen und versuchen, die Sache auf friedlichem Wege zu erledigen. Sollte das nicht gelingen, so wäre zu prüfen, ob hier nicht ein grundsätzlicher Widerstand des Unternehmers gegen den im Schlichtungsverfahren niedergelegten Einigungsgehalt als vorliegend anzunehmen ist. Einen solchen Widerstand mit allen gesetzlichen Mitteln zu brechen, halte ich für meine Pflicht. (Beifall links.) Dabei wäre besonders zu prüfen, ob nicht schon bei Vergebung von Staatsaufträgen, wie sie auch Schichau in nicht unerheblichem Umfange erhalten hat, entsprechende Sicherung getroffen werden müßte. Die Regierung muß von Unternehmern, die Staatsaufträge erhalten, nachdrücklich verlangen, daß sie den auf gesetzlichen Bestimmungen beruhenden sozialen Einrichtungen keinen Widerstand entgegensetzen.

Abg. Plettner (Komm.): Die Unabhängigen bilden sich zu Unrecht ein, hier überhaupt positive Arbeit leisten zu können. Will Dismann die Massen auch zum außerparlamentarischen Kampf aufreizen?

Abg. Simon-Franken (U. Soz.): Die Kommunisten haben sich in den Ausschüssen bis in die allerletzte Sitzung trotz meines dringenden Ersuchens überhaupt nicht sehen lassen. Es hätten wichtige Verbesserungen der Beschlüsse durchgeföhrt werden können, wenn die Kommunisten nicht gefehlt hätten. (Hört! Hört!) Sie wollen hier im Plenum nur Reden zum Fenster hinaus halten, um Einfluß auf die Massen zu gewinnen.

Abg. Eardt (Komm.): Wir waren in dem Ausschuss nicht vertreten, weil Dr. Geier verreckt war. (Zuruf: Er war nach Moskau!) — Heiterkeit.) Unsere Fraktion ist zu klein, um in den vielen Ausschüssen vertreten zu sein. (Heiterkeit.)

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen, der Antrag Schulz-Bromberg (Dnat.) wird abgelehnt.

Der sozialdemokratische Antrag wird mit 129 gegen 108 Stimmen abgelehnt.

Der Gesetzentwurf zur Erhöhung der Diäten der Reichstagsmitglieder wird ohne Aussprache einstimmig angenommen. Danach werden die Diäten für die in Berlin wohnenden Abgeordneten auf 2000 M., für die übrigen auf 2500 M., die Abzüge für veräumte Sitzungen oder namentliche Abstimmungen auf 75 und 85 M. erhöht.

Es folgt die Beratung der

## Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgezet.

Bei der Anwendung soll bei Meinungsverschiedenheiten zwecks Verständigung mit den beteiligten Beamtenorganisationen verhandelt werden. — Die Vorlage wird angenommen.

Zahlreiche Petitionen werden ohne Aussprache erledigt.

Das Gesetz über das Branntweinmonopol und das Schulgesetz sowie der Initiativantrag über die Gleichstellung in der Justiz werden abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung findet am 6. September, 3 Uhr nachmittags statt mit der Tagesordnung: Beratung von Steuererlassen.

Präsident Löbe hebt in seiner Schlussansprache hervor, daß in der Zwischenzeit die endgültige Entscheidung über Oberschlesien fällt. Er gedenkt der furchtbaren Leiden unserer Landsleute dort unten und gibt dem Wunsch Ausdruck, daß diese Entscheidung auf Grund des Rechtes fällt, welches die oberchristliche Abstimmung vor aller Welt dargeboten hat. (Lebhafter Beifall.) Schluß: 5 Uhr.

# Wirtschaft

## Sanktionen und Arbeitslosigkeit.

Von gut unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Die durch die Sanktionen hervorgerufene Lähmung des Wirtschaftslebens im Rheinland hat im Monat Juni nicht nur unvermindert angehalten, sondern sogar weitere Fortschritte gemacht. Sie äußert sich zunächst darin, daß allein im Regierungsbezirk Düsseldorf vom 1. bis zum 24. Juni weitere 27 Betriebe teils stillgelegt worden sind, teils mehr oder minder weitgehende Einschränkungen erfahren haben. Von der Krisis sind in ständig wachsendem Maße auch die Großbetriebe erfaßt worden, u. a. die Gussstahlfabrik Friedrich Krupp A.-G., Essen, die Mannesmannwerke, Abteilung Schulz-Knaudt in Hüdingen, die Düsseldorf Eisenhütten-Gesellschaft in Ratingen, die Papierfabrik Reicholz in Reicholz, die Krefelder Stahlwerke in Krefeld, das Stahlwerk Liesen u. Co. in Krefeld, die Walter Kellner A.-G. in Barmen, das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE), Werk Reicholz, die Spiegelglasfabrik Reicholz A.-G. zu Reicholz. Viel verhängnisvoller ist aber der Umstand, daß die Kurzarbeit ganz außerordentlich zugenommen hat, so daß augenblicklich von rund 550 000 in Fabriken und Läden gleichgestellten Anlagen beschäftigten Arbeitern etwa 200 000 kurz arbeiten. Allein bei den 90 Mitgliedsfirmen der Arbeitervereinigung für Düsseldorf und Umgegend, Abteilung Hütten- und Maschinenbauindustrie, mit ungefähr 50 000 Arbeitern, betrug in den Monaten Mai und Juni die Zahl der von der Arbeitsbeschränkung betroffenen Arbeiter an 20 000.

Da mit der Kurzarbeit natürlich auch eine entsprechende Schmälerung des für die große Mehrzahl der Arbeiter, insbesondere der Verheirateten, das Existenzminimum nicht übersteigenden Arbeitsverdienstes verbunden ist, muß die jetzige Wirtschaftslage unbedingt zu einer schnellen gänzlichen Beendigung der Arbeiterschaft, die sich besonders an deren Kindern offenbart, und zu einer starken Radikalisierung der Massen führen. Es kann nicht dringend genug darauf hingewiesen werden, daß mit Sicherheit auf eine Entspannung der Wirtschaftslage zu rechnen ist, sobald die erweiterte Befähigung wieder aufgehoben wird und die Zollstrafe mit den damit verbundenen außerordentlichen Ersparungen in der Ein- und Ausfuhr in Wegfall kommt.

Es besteht Knappheit an Kohlen, die nur infolge des schlechten Geschäftsganges weniger in Erscheinung tritt. Die Betriebe erhielten nur 25 Proz. des ihnen zustehenden, ohnehin schon geringen Kontingents. Zur Aufrechterhaltung großer lebenswichtiger Be-

triebe, wie Mühlen, Wasser- und Elektrizitätswerke mußte daher im Laufe des Monats Juni bereits in etwa 30 Fällen zur Beschlagnahme von Kohlentransporten von Selbstverbraucher geschritten werden.

Textilnotstandsversorgung und Textilhandel. Dem Textilhandel ist die Tätigkeit der Gewerkschaften zur Versorgung der minder bemittelten Bevölkerung mit Bekleidungsstücken schon lange ein Dorn im Auge. Die Angelegenheit ist nun auch im Reichstag zur Sprache gekommen. Im Reichstagsausschuss für Volkswirtschaft berichtete Abg. Lange-Hegemann (Z.) über eine Petition der Vereinigung Lauliger Tuchhändler. Diese behauptet, daß durch die Hergabe von 25 Millionen Mark Kredite seitens des Reichsarbeitsministeriums an den Deutschen Gewerkschaftsbund zur Beschaffung von Textilwaren und zur Verteilung an die Mitglieder der Gewerkschaften die Sozialisierung des Textilhandels eingeleitet ist; sie betont dagegen, daß der beste Warenverteiler nur der selbständige, unabhängige und ehrliche Kaufmann sei. Der Referent macht von Gerüchten Mitteilung, daß das Reich außerdem auch Konjunkturverluste bis zur Höhe von 10 Millionen Mark übernommen habe. Die seither erwartete große Verbilligung der Ware sei nicht eingetreten, sondern die Waren seien zum großen Teil in einer Zeit bestellt, wo die Preise sehr schwankend waren und die Fabrikanten noch sehr teure Rohstoffe hatten. Die Warenverfügungstelle habe ihre Tätigkeit aufgenommen, als der freie Handel schon billigere Preise derselben Erzeugnisse hatte. Es mache sich eine große Beunruhigung darüber bemerkbar, daß die Regierung augenblicklich mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund Verhandlungen führe, um die Hergabe eines weiteren kurzfristigen Kredites und auch darüber, daß die Warenverfügungstelle der Eisenbahngewerkschaft in die Warenverfügungstelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes übergeführt werden solle. Man fürchte deshalb im ganzen deutschen Einzelhandel eine Verewigung der Warenverfügungsstelle mit Unterstützung des Reichs und damit eine Konkurrenz, die mit ungleichen Mitteln arbeite. Demgegenüber verlangte er möglichst schnellen Abbau dieser Notstandsaktion, die dem Reich nur Verluste gebracht habe, oder entsprechende Einrichtungen für den deutschen Textil-einzelhandel. — Von einem Regierungsvertreter wurde hierzu ausgeführt, daß der Zweck der Aktion war, den erwerbslosen Textilarbeitern Arbeit in ihrem Berufe zu schaffen. Zur Erteilung von Aufträgen erklärten sich die gewerkschaftlichen Verbände bereit, die zu diesem Zweck die Warenverfügungstelle gründeten. Im Hinblick auf ihren Zweck sei ihr sowie anderen Unternehmern ein Darlehen aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge gewährt worden. Auf die Zinsen von 5 resp. 4 Proz. wird die erparierte Erwerbslosenunterstützung angerechnet. Auch ein nachgewiesener Marktverlust könne in beschränktem Umfange auf erparierte Erwerbslosenunterstützung abgeschrieben werden. Die Petition wurde der Regierung als Material überwiesen.

# Auf dem Wege zur Verständigung.

Dem Eingreifen der Berliner Gewerkschaftskommission, auf deren Veranlassung gestern nachmittag im Sitzungssaal der Stadtverordneten eine Versammlung der drei sozialistischen Stadtverordnetenfraktionen und ihrer Magistratsmitglieder sowie der Parteivertreter sich mit dem Stand der Dinge eingehend befaßte, ist es gelungen, den drohenden Generalstreik der städtischen Arbeiter zugunsten der Outsarbeiter zu verhindern. Vollmershaus als Vertreter der Gewerkschaftskommission erklärte, daß das Votum an diese herangetreten sei und um ihre Vermittlung nachgesucht habe. Bedauert wurde, daß der Magistrat es abgelehnt hat, die Angelegenheit einem vom Reichsarbeitsministerium zu berufenden Schlichtungsausschuß zu überweisen. Doch konnte nunmehr festgestellt werden, daß der Magistrat sich zu Verhandlungen bereit erklärt hat. Nach eingehender Aussprache, an der sich die Redner aller drei Fraktionen beteiligten, einigte man sich auf den Vorschlag einer Lohnerhöhung für die Outsarbeiter von 10 Proz., sowie einer Erweiterung ihres Mitbestimmungsrechts. Die Deputate der Outsarbeiter sollen hinsichtlich der Höhe ihres gegenwärtigen Wertes einer gründlichen Nachprüfung unterzogen werden. Ein Vertreter der streikenden Outsarbeiter gab die Erklärung ab, daß diese bereit seien, auf der Grundlage einer Erhöhung des Stundenlohnes um 30 Pf. und einer besseren Regelung des Mitbestimmungsrechts zu verhandeln. Der Vorschlag auf Erhöhung der Löhne um 10 Proz. deckt sich ziemlich mit der Forderung der Zulage von 30 Pf., womit also in dieser Sitzung ein allseitiges Einverständnis erzielt war. Der Vorsitzende der Kommission machte allerdings den nicht sonderlich ernst aufgenommenen Vorbehalt, wenn nicht mehr zu erreichen sei, sei man auch auf kommunistischer Seite mit dieser Einigungsbasis einverstanden. Mehr als die streikenden Outsarbeiter selber können letzten Endes auch die Kommunisten nicht gut für sie fordern.

Eine sofort gewählte Kommission, bestehend aus den Stadtd. Dr. Wehl und Claus (U. Soz.), Frau Ludwig und Dörr (Komm.) sowie Stadtrat Koblenger (Soz.), begab sich zum Oberbürgermeister Böß und teilte ihm mit, daß der oben mitgeteilte Beschluß für die sozialistischen Mitglieder des Magistrats nunmehr verbindlich sei. Die Vertreter der Gewerkschaften und der Streikenden waren mit dieser Regelung einverstanden und wollten dafür eintreten, daß die Streikenden die Arbeit sofort wieder aufnehmen, doch dürften keinerlei Maßregelungen stattfinden.

Die Gewerkschaften haben nach Kenntnisnahme von den Besprechungen im Berliner Rathaus von weiteren Schritten Abstand genommen, in der Annahme, daß heute der Magistrat dem Antrage Dr. Wehl zustimmt. Dazu kam es jedoch noch nicht, da in der bis 9 Uhr währenden Sitzung des Magistrats keine Entscheidung getroffen wurde. Diese soll vielmehr heute vormittag, 11 Uhr, in einer außerordentlichen Magistratsitzung herbeigeführt werden.

Die nunmehr vorliegenden Endergebnisse der Urabstimmung über den Sympathiestreik der städtischen Arbeiter lassen eine erhebliche Stimmenmehrheit für den Streik erkennen. Im ganzen sind in allen städtischen Betrieben 30 750 Stimmen abgegeben worden. Davon waren 24 875 für und 5875 gegen den Streik. Die für die Arbeitniederlegung nach den Bestimmungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erforderliche Zweidrittelmehrheit ist damit erheblich überschritten worden. Im einzelnen lauten die Abstimmungsergebnisse der einzelnen Werke und Betriebe folgendermaßen: Elektrizitätswerke 2150 für, 105 gegen, Gaswerke 4425 für, 990 gegen, Wasserwerke 5000 für, 1495 gegen, Straßenbahn 5554 für, 3325 gegen den Streik.

## Gewerkschaftsbewegung

### „Nieder mit den Gewerkschaften!“

Der Deutsche Transportarbeiterverband hat im Jahre 1920 für seine Mitglieder einen Gesamtlöhneinbruch von 3 Milliarden 879 Millionen 917 000 Mark erzielt. Das bedeutet für den einzelnen an den Lohnbewegungen beteiligten Kollegen ein Mehrwochenlohn von 87,88 M.

Wie recht haben doch die Kommunisten, wenn sie schreien: „Nieder mit den Gewerkschaften!“ — sagen die Unternehmer.

### Wahlsieg des Bergarbeiterverbandes.

Bei den Wahlen der Anknüpfungsklassen für den Allgemeinen Anknüpfungsverein Badum am 20. Juni hatten die Gegner des Bergarbeiterverbandes alles aufgegeben, um ihm eine Niederlage zu bereiten. Der Verband hat jedoch mit 96 808 Stimmen und 388 Mandaten (gegen 290 im Jahre 1910) wiederum die Mehrheit der Wähler erhalten und daher fallen ihm auch die Vorstandsämter zu. Der Christliche Gewerksverein brachte es auf 81 284 Stimmen und 133 Mandate, die Polnische Berufsvereinigung auf 6768 Stimmen mit 23 Mandaten, die Selbstkürer Unionisten auf 84 194 Stimmen mit 41 Mandaten und die Syndikalisten erhielten mit 2731 Stimmen 3 Mandate.

### Leistungsförderung anstatt Lohnabbau.

Im Mansfelder Lokaltreik wurde am 29. Juni ein Schiedsspruch gefällt, nach dem die Schichtlöhne bestehen bleiben, aber unter Berücksichtigung des Leistungsrückganges eine entsprechende Gedingelohnherabsetzung als zulässig erklärt wurde. Bei normaler Leistung muß der bisherige Gedingelohn wieder erreicht und bei höherer Leistung überschritten werden.

Ferner soll für die Gültigen der durchgehende Sonntagsbetrieb mit 25 Proz. Aufschlag wieder eingeführt werden.

Die Frage, wie etwa die reine Arbeitszeit im dringenden Lebensinteresse des Mansfelder Bergbaues verlängert werden kann, wurde der Reichsarbeitsgemeinschaft zur Prüfung überwiesen.

### Sammlung der Tarifverträge in Sachsen.

Ein für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber gleich wertvolles Buch wird demnächst im Sächsischen Arbeitsministerium fertiggestellt werden: eine Sammlung sämtlicher Tarifverträge, die in Sachsen abgeschlossen worden sind. Das Buch wird eine Uebersicht aller tariflichen Abmachungen für gewerbliche Arbeiter, kaufmännische Angestellte und Beamte und für technische Angestellte und Werkmeister Sachsens enthalten, und zwar, soweit sie Arbeitszeit, Löhne und Gehälter, Akkordzuschläge, Ueberstunden-

bezahlung, Vergütung für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, Entlohnung bei Wochenschicht, Urlaubs- und Ferienregelung sowie Einigungs- und Schlichtungswesen betreffen.

Das Buch, das in den nächsten Wochen erscheinen wird, ist eine Arbeit des früheren langjährigen Bezirksleiters des Metallarbeiterverbandes Heinrich Brand, dem jetzigen Leiter der Tarifstelle und Regierungsrat im Arbeitsministerium. Seinen Bemühungen bei Behörden, Körperschaften und Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist es gelungen, nicht weniger denn 704 Tarifverträge zu sammeln und einzuordnen, so daß man künftig in der Lage sein wird, an der Hand dieser Publikation jederzeit über die Löhne, Arbeitszeit usw. in allen Berufen Sachsens zuverlässige Auskunft zu erhalten. Berücksichtigt und eingeordnet sind alle Tarife, die bis zum 30. April 1921 in Sachsen abgeschlossen waren.

Die Gewerkschaften, wie überhaupt sämtliche Berufsverbände seien auf das Erscheinen dieses Wertes, das ihnen wertvolle Dienste leisten wird, schon jetzt aufmerksam gemacht.

### Tagung des Internationalen Arbeitsbureaus.

In der Sitzung am Mittwoch wurde über die Vorbereitungen für die internationale Arbeitskonferenz in Genf am 25. Oktober sowie über die Bearbeitung und Prüfung der Antworten, die von den Regierungen und von den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter eingegangen sind, verhandelt. Die polnische Regierung schlug vor, für die Regelung der Ueberführung der Versicherungsfonds in den Gebieten, die Deutschland an Polen abgetreten hat, einen ähnlichen Ausschuß einzusetzen, wie den, der für Elb-Lothringen in der gleichen Frage erfolgreich tätig gewesen ist. D diesem Vorschlag wurde zugestimmt. Zu Mitgliedern dieses Ausschusses wurden der Professor der Finanzwirtschaft an der Universität Bern, Noier, der Vorsitzende des Versicherungsrates in Stockholm, Lindstedt, und der italienische Senator, ehemalige Minister, Abbate, ausgerufen, die schon für die Ueberführung der Versicherungsfonds in Elb-Lothringen gewählt waren.

Streik der Gastwirtsangestellten in den mecklenburgischen Ostseebädern. Sämtliche Angestellte traten am Mittwoch in den Ausstand. Barum und meschald, darüber enthält die Ill.-Zeitung keine Silbe, dafür aber die Bemerkung, bei dem starken Besuch der Bäder werde der Streik doppelt schwer empfunden. Offenbar spielt die Trinkgeldfrage die Hauptrolle. Die Angestellten wollen feste Entlohnung, während die Besitzer sie nach wie vor auf die Trinkgeldbetriebe anweisen wollen, für deren Beseitigung auch die Badegäste mit eintreten müßten.

Verbindlichkeitsklärung. Gemäß Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 24. Juli 1921 ist der zwischen dem Arbeitgeberverband der Pelzwarenbranche, Groß-Berlin, und dem Zentralverband der Angestellten, Dittgrube Groß-

Berlin, am 7. Mai 1921 abgeschlossene Tarifvertrag für die Kaufmännischen und technischen Angestellten in der Pelzwarenbranche für die Einheitsgemeinde Groß-Berlin mit Wirkung ab 1. März 1921 für allgemein verbindlich erklärt worden.

Bedruckte Tarifverträge sind im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Berlin SW 61, Belle-Alliancestr. 7/10, erhältlich.

Der tschechoslowakische Bankbeamtenstreik geht weiter. Auf beiden Seiten besteht zurzeit nicht die geringste Nachgiebigkeit. Die Bankmeister und Industriebeamten in Nordböhmen legten am 2. Juli die Arbeit nieder, nachdem sie drei Monate vergeblich verhandelt hatten. Sie fordern prozentuale Zuschläge für Ueberstunden, Weihnachtseremeration, Wohnungsgeld und Anschaffungsbeiträge.

### Aus der Betriebsräte-Praxis.

§ 66 BRG. Aufgaben und Befugnisse des Betriebsrats. Die 246. Sonderkammer des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin hat in einer Streitfrage des Betriebsrats der Firma Otto Usner unter dem unparteilichen Vorsitz des Amtsrichters Dr. Schwenthal einen Schiedsspruch gefällt, dem wir folgendes entnehmen: „Zur Mitwirkung bei Verhandlungen mit der Kohlenstelle ist der Betriebsrat nicht berechtigt. Dagegen ist die Arbeitgeberin verpflichtet, vor solchen Verhandlungen den Betriebsrat zu Rate zu ziehen, damit dieser, insbesondere bei Nachtarbeit, die gesundheitlichen Interessen der Arbeiterschaft und die Wirtschaftlichkeit des Betriebes durch diese Verhandlungen fördert und Stellung nehmen kann zu der durch die Einschränkung oder Entlassung des Betriebes nötig werdenden Einstellung oder Entlassung von Arbeitnehmern. Die Aufgaben des Betriebsrats, die Betriebsleitung im Falle des § 66 Ziffer 1 BRG. mit Rat zu unterstützen, kann nur dann erfüllt werden, wenn durch Befragung des Betriebsrats diesem Gelegenheit geboten wird, seinen Rat anzubringen. Eine solche Anhörung des Betriebsrats dient auch zur Förderung des beiderseitigen Einverständnisses. (§ 66 Ziffer 6 BRG.)“

§ 74 BRG. Mitteilung von einem Verkauf oder einer Verpachtung des Betriebes. In einer Beschwerdefache des Betriebsrates der Jüdischen Gemeinde zu Berlin hat die Spruchkammer 92 des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin am 23. März 1921 die Beschwerde zurückgewiesen. — In der Begründung wird u. a. angeführt: „Der Einwand, daß § 74 a. a. D., nach dem der Arbeitgeber nach Einschränkung oder Stilllegung des Betriebes dem Betriebsrat nicht nur Mitteilung über seine Absichten zu machen, sondern sich auch mit ihm über Art und Umfang der Entlassungen ins Benehmen zu setzen hat, verletzt worden ist, erscheint nicht stichhaltig, weil nach den glaubhaften Angaben des Arbeitgebers zurzeit weder eine Einschränkung des Betriebes noch die Entlassung von Arbeitnehmern beabsichtigt wird.“

Bei dieser Gelegenheit ist darauf hinzuweisen, daß durch eine Änderung in den Besitzverhältnissen des Betriebes die Betriebsvertretung selbst nicht berührt wird und der Rechtsnachfolger die Verpflichtungen des früheren Inhabers mit übernimmt.

In diesem Sinne hat der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, Aktenzeichen 25355/K 20 Wsg. 29. 11. und der Reichsarbeitsminister, I. A. 8427/6. 10. 20, übereinstimmend entschieden.

### Briefkasten der Redaktion.

H. G. 9. Deutscher Erfinder-Schutzverband G. V., München, Jahrb. 20. — H. G. 33. Gemeinnützige Pelzputzer-Gesellschaft Tempelhof, Hohenzollernstraße 66.

Wetterbericht bis Sonnabend mittag. Etwas wärmer, im Westen größtenteils trocken und vielfach heiter, im Osten zeitweise häufiger Nebel und namentlich im Binnenlande noch stichweise leichte Regenschauer.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Wiede, Berlin. Verlag: Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin, Trautl. Buchverlags- u. Verlagsbuchhandlung West-Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Cirrus 1 Verlag.

**Stoffe** für Herren- u. Damen-Bekleidung  
„Aparthe Neuhelton“ Verkauf meterweise  
**Koch & Seeland** G. m. b. H.  
Gertraudenstraße 20-21

**Dujardin**  
das kleinste  
**Weinbrand.**  
DUJARDIN & Co G. m. b. H. ÜRDINGEN i. Rh.  
L'AROCHELLE (COGNAC-CHARENTE-MARITIME)

General-Vertreter für Groß-Berlin und Brandenburg:  
**Ernst Moritz, Charlottenburg, Kaiserdamm 114**  
Telephon: Amt Wilhelm Nr. 4946 und 4947.

**A. Wertheim**

**Lebensmittel**

Kirschtorte (im Erfrischungsraum) 750

Gemüse

**Frisches Fleisch**  
Kalbskamm . . . . . Pfd. 950  
Kalbsbrust . . . . . Pfd. 950  
Kalbsnierenbrat. . . . . Pfd. 1050  
Kalbskeule ganz und ge- . . . . . Pfd. 1050  
Hammelfleisch (Vorder) . . . . . Pfd. 10M  
Hammelfleisch (Rücken) . . . . . Pfd. 11M  
Hammelfleisch (Keule) ganz oder . . . . . Pfd. 11M  
Gulasch . . . . . Pfd. 11M  
Gehacktes Rind- u. Schweinefleisch . . . . . Pfd. 12M  
Rindertalg ausgeblasen Pfd. 8M

**Bratschollen** Pfd. 50Pfd.  
Kabliau mit Kopf . . . . . Pfd. 125  
Schellfische . . . . . Pfd. 170  
**Landeier** frische . . . . . Stck. 145  
Junge Hähnchen St. 1150 13M  
Junge Tauben Stck. 6M 8M  
**Lachsheringe** große Stck. 125  
Schellfische geräuchert . . . . . Pfd. 330  
Seelachs geräuchert . . . . . Pfd. 620  
Bücklinge . . . . . Pfd. 780

**Kolonialwaren**  
Puddingpulver, lose, mit Rosinen u. Mandelgeschmack Pfd. 6M  
Puddingpulver, lose, mit Mandelgeschmack . . . . . Pfd. 5M  
Hafermehl lose . . . . . Pfd. 3M  
Haferflocken . . . . . Pfd. 270 u. 320  
Erbswurst Rolle 300 Gramm 125  
Grünkernmehl 1/2 Pfund-Paket 125  
Maisgrieß entblittert und entst. Pfd. 225

**Margarine** allerfeinste 525  
Margarine 1 Pfd.-Paket 830 9M  
Marmelade zucker-gesüßt Pfd. 440 520  
**Camembert** . . . . . Stck. 325  
Briekäse . . . . . Pfd. 1050  
Tilsiterkäse . . . . . Pfd. 13M  
**Harzerkäse** . . . . . Pfd. 620  
Große Landkäse . . . . . Stck. 375  
Dän. Goudakäse . . . . . Pfd. 1150  
Schweizerkäse . . . . . Pfd. 22M

Neue Kartoffeln Italien. 95Pfd.  
Weißkohl . . . . . Pfd. 50Pfd.  
Wirsingkohl . . . . . Pfd. 80Pfd.  
Mohrrüben ohne Kraut gewaschen Pfd. 75Pfd.  
Junge Schoten . . . . . Pfd. 150  
Gurken holländische Stck. 225 380  
Salat . . . . . große Köpfe 40Pfd.  
Zwiebeln . . . . . Pfd. 75Pfd.

Obst

Blaubeeren . . . . . Pfd. 240  
Johannisbeeren . . . . . Pfd. 240  
Stachelbeeren reif . . . . . Pfd. 280  
Zitronen . . . . . Stck. 30Pfd.

### Wurstwaren

Zwiebel- u. Rotwurst Pfd. 12M  
Landleberwurst . . . . . Pfd. 14M  
Sülzwurst . . . . . Pfd. 14M  
Pastetenleberwurst Pfd. 16M  
Jagdwurst . . . . . Pfd. 19M  
Fleischwurst . . . . . Pfd. 19M  
Mettwurst grobe . . . . . Pfd. 23M  
Corned Beef in Stücken v. ca. 1 Pfd. Pfd. 740

### Wein und Weinbrand

Preise für 1/4 Flasche incl. Flasche u. Steuer  
Apfelwein 5 M bei 80 Flasch. 480  
1919 Gaubickelheim. Rheinwein . . . . . 1240  
1919 Edesheimer Rheinwein . . . . . 1580  
1919 Montagne Franz. Naturrotwein . . . . . 1580  
Weinbrand-Verschn. 36M  
Weinbrand . . . . . 45M  
1919 Dornot vor-zügl. franz. Rotwein 12M

### Konserven

Blutwurst 2 Pfd. 300 4 Pfd. 720  
Leberwurst 2 Pfd. 300 4 Pfd. 720  
Rindfleisch 2 Pfd. 920 4 Pfd. 1720  
Frühstückszungen Dose. 485

Pork and Beans (Bohnen mit Speck) . . . . . Dose 1M 250  
Risotto Reis m. Tomaten 1/2 Dose 385  
Boeuf Assaisonné Rindfleisch im eigenem Saft . . . . . Dose 580  
Bohnen-Kaffee mit 25 Prozent . . . . . Pfd. 7M

**Spezialmischung**